

Marvin Oppong



Wenn Politik Presse macht

Gastbeiträge von Politiker*innen
in ausgewählten Tageszeitungen

Ein Diskussionspapier der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2021

OBS-Arbeitspapier 46

OBS-Arbeitspapier 46
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Marvin Oppong

Freier Journalist und Dozent

Postfach 7389

D-53073 Bonn

E-Mail: info@oppong.eu

Twitter: [@MarvinOppong](https://twitter.com/MarvinOppong)

<https://www.oppong.eu/>

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Lektorat:

Ulrike Stephan

<https://www.lektoren.de/profil/ulrike-stephan>

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

Collage: think and act unter Verwendung
eines Bildes von [raz studio/AdobeStock.com](https://www.razstudio.com/)

Redaktionsschluss:

31. Januar 2021

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

„Der Gastbeitrag ist ein ambivalentes Genre“, schrieb René Martens in der Medienkolumne *Das Altpapier* Mitte Januar anlässlich einer Veröffentlichung des Ex-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg in der *FAZ*: Einerseits könnten Gastbeiträge immer wieder das „Positionen-Portfolio einer Zeitung“ sinnvoll ergänzen, so Martens, „in un guten Fällen“ würde hingegen „ein Text ins Blatt gehoben, der die üblichen redaktionellen Prozesse nicht überstanden hätte“. Der Gastbeitrag von zu Guttenberg ist ein Beispiel für einen solchen Fall, da er sich nicht nur wie ein Lobbypapier der Finanzindustrie – genauer gesagt: des gescheiterten Konzerns Wirecard – liest, sondern tatsächlich auch auf einem solchen beruht.

Auch aktive Politiker*innen können in Namensbeiträgen ihre persönliche oder parteipolitische Sicht der Dinge zu einem aktuellen Thema unmittelbar darlegen und Gastbeiträge zählen zum Standardrepertoire des Journalismus. Trotzdem (oder genau deshalb) steht dieses Instrument immer wieder in der Kritik, da Medien damit politischen Akteur*innen und wichtigen Multiplikator*innen, die sie eigentlich kritisch im Blick haben sollten, erlauben, ungefiltert ihre Agenda zu verbreiten. So fragte auch Christopher Ophoven im *Deutschlandfunk* vorsichtig, ob es sich bei Gastbeiträgen von Politiker*innen eigentlich um „Politik-PR oder Debattenkultur?“ handelt. Die *taz* ist sich anlässlich eines strittigen Gastbeitrages von Alexander Gauland (AfD) in der *FAZ* im Jahr 2018 sogar sicher: „Politiker haben auf den Wahlkampfbühnen der Nation schon genug Möglichkeiten, ihre Meinungen ungefiltert in die Welt zu blasen. Die Zeitungen sollten kein solcher Ort sein.“ Ist die Skepsis berechtigt? Sollten Redaktionen von Beiträgen aktiver Politiker*innen Abstand nehmen?

Die Otto Brenner Stiftung möchte diese Fragen aufgreifen und eine Debatte über den Umgang deutscher Medien mit Gastbeiträgen von Politiker*innen anstoßen. Wir freuen uns, mit Marvin Oppong einen investigativ arbeitenden und hartnäckig recherchierenden Journalisten für das weitgehend noch unterbeleuchtete Thema gewonnen zu haben. Der freie Journalist aus Bonn, der auch als Dozent für Recherche-techniken in der journalistischen Aus- und Weiterbildung tätig ist, legt als engagierter Streiter für unabhängigen Journalismus ein kompaktes Diskussionspapier vor, das nicht ohne Widerspruch bleiben dürfte. Unser Autor versucht nicht nur zu zeigen, welche journalistischen Grundsätze Gefahr laufen, verletzt zu werden, wenn Zeitungen für Gastbeiträge von Politiker*innen Raum schaffen, sondern unterfüttert seine Thesen auch empirisch und mit Blick auf die journalistische Praxis. Obwohl das Diskussionspapier keine wissenschaftliche und systematische Untersuchung darstellt und diesen Anspruch auch nicht erhebt, deutet die kursorische Empirie

bereits an, dass es aufseiten der Redaktionen hinsichtlich der Gastbeiträge von Politiker*innen vermutlich mehr zu reflektieren gilt als die Einhaltung der „üblichen redaktionellen Prozesse“. So mahnt Oppong sicherzustellen, dass journalistische Kriterien – und nicht solche der (Aufmerksamkeits-) Ökonomie oder des „Namedropping“ – die Richtschnur in der Frage bleiben, ob ein Gastbeitrag ins Blatt gehoben wird oder nicht. Ergänzend fordert er von Redaktionen, bewusst im Blick zu halten, wer über dieses Format zu Wort kommt (und wer nicht). Die von ihm betrachteten Zeitungen *FAZ*, *SZ* und *Tagesspiegel* deuten hier Verzerrungen an – zum Beispiel hinsichtlich der Parteizugehörigkeit und des Geschlechts. Darüber hinaus scheint es auch um die Funktion der Namensbeiträge als Debattenöffner nicht gut bestellt zu sein. Zu wenig plural in den Positionen, zu wenig interaktiv mit anderen Gastbeiträgen beziehungsweise anderen journalistischen Formaten, lautet das Fazit des Diskussionspapiers. Das größte Manko liegt für den Autor allerdings in der Form des Gastbeitrages selbst begründet: An konkreten Beispielen zeigt Oppong, dass Gastbeiträge zumindest in ihrer jetzigen Form zu wenig Raum für Kontextualisierungen lassen, auch wenn diese journalistisch dringend geboten scheinen – sei es zum/zur Gastbeitragsautor*in selbst oder zu den von diesen dargelegten Themen und Positionen. Inwiefern dieser und die anderen Kritikpunkte innerhalb des Formats „Gastbeitrag“ gelöst werden können, lässt der Diskussionsbeitrag dabei offen.

Stiftung und Autor hoffen, mit dem vorliegenden Papier einen hilfreichen ersten Aufschlag zur Diskussion dieser Fragen sowie des generellen journalistischen Umgangs mit Gastbeiträgen von Politiker*innen vorzulegen, der auch weitere Analysen anstoßen soll. Es wird sich zeigen, ob dann im Laufe einer längst überfälligen Debatte transparente Richtlinien und ein reflektierter(er) Umgang einzelner Redaktionen mit den Gastbeiträgen von Politiker*innen entstehen können – oder aber diese Namensbeiträge von Politiker*innen insgesamt doch deutlich weniger Platz finden sollten in den Spalten der deutschen Qualitätspresse.



Jupp Legrand
Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Februar 2021

Inhalt

1	Einleitung.....	6
2	Gastbeiträge in Pressekodex und Berufsethik	9
3	Begriffsdefinition und Vorgehen des Diskussionspapiers.....	11
4	Ergebnisse I: Wer schreibt Gastbeiträge?	15
	4.1 Parteipolitiker*innen als Autor*innen.....	15
	4.2 Primat der Bundespolitik?	17
	4.3 Diversität? Männlich, westdeutsch, ohne Migrationshintergrund	18
	4.4 Gastbeiträge als Nachrichtenfaktor.....	19
5	Ergebnisse II: Die Inhalte der Gastbeiträge.....	20
	5.1 Einseitige Sichtweisen auf kontroverse Themen	20
	5.2 Ausgewählte Gastbeiträge in <i>Tagesspiegel</i> , <i>Frankfurter Allgemeine</i> und <i>Süddeutsche Zeitung</i>	27
	5.3 Stilkritik und Kritik an Argumentationsmustern	31
6	Der Umgang der untersuchten Zeitungen mit Gastbeiträgen	34
7	Fazit: Den Einsatz von Gastbeiträgen stärker reflektieren	38
	Quellenverzeichnis	40
	Über den Autor	43

1 Einleitung

Immer wieder wird in den Medien erwähnt, dass eine bekannte Persönlichkeit aus der Politik sich mit einem Gastbeitrag in einem bekannten Medium zu einem Thema geäußert hat. So hob etwa die 20-Uhr-*Tagesschau* vom 8. November 2020 einen Gastbeitrag von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Bundespräsidialamt 8.11.2020) zum Ausgang der US-Wahlen hervor: „Mit Biden werde es wieder ein Amerika geben, das um die Bedeutung von Allianzen und Verbündeten wisse, betonte er.“ Und als der französische EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton zusammen mit dem italienischen EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni im April 2020 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in einem Gastbeitrag für die gleiche Zeitung aufforderte, zur Corona-Wirtschaftshilfe einen gemeinsamen, steuerfinanzierten Fonds für langfristige Anleihen aufzulegen (faz.net 5.4.2020), berichteten nicht nur *tagesschau.de*, sondern auch internationale Medien. Mit „einem gemeinsamen Gastbeitrag für mehrere europäische Zeitungen“ (manager magazin 6.4.2020) zum selben Thema antworteten wenig später der deutsche Finanzminister Olaf Scholz und Außenminister Heiko Maas. Sie sprachen sich gegen die Schaffung solcher Corona-Bonds im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aus.

Gastbeiträge von Politiker*innen, das zeigen diese Beispiele, sind im Print- und Online-Journalismus gang und gäbe. Sie sind ein etabliertes Format in journalistischen Publikationen – aber auch ein gängiges Mittel der politischen Kommunikation. Politiker*innen

und ihre Stäbe können über Gastbeiträge ihre Positionen in den Diskurs einbringen, Themen auf die Agenda setzen oder im Vorfeld eines Ereignisses eine Debatte beeinflussen.

Gelegentlich werden Gastbeiträge dabei selbst zum Politikum. So rief die damalige CDU-Generalsekretärin und heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel 1999 die CDU in einem legendären Gastbeitrag auf, sich von ihrem Patriarchen Helmut Kohl zu lösen. Diesen Schritt, den sie auch mit der CDU-Spendenaffäre begründete – es gehe „um die Glaubwürdigkeit Kohls, es geht um die Glaubwürdigkeit der CDU, es geht um die Glaubwürdigkeit politischer Parteien insgesamt“, so Merkel damals – hatte sie mit Partei- und Fraktionschef Wolfgang Schäuble nicht abgesprochen, was zu Friktionen führte (DLF 16.2.2020).

Dieses Potential von Gastbeiträgen politischer Akteur*innen, selber zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu werden, zeigt sich jedoch auch auf internationaler Bühne. Im Mai 2020 veröffentlichte die chinesische Staatszeitung *China Daily* einen Gastbeitrag der Botschafter*innen der 27 EU-Mitgliedstaaten und der EU selbst. In dem Beitrag hieß es ursprünglich, dass „das Coronavirus in China seinen Ursprung nahm und sich in den folgenden drei Monaten auf der ganzen Welt verbreitete“ (faz.net 7.5.2020). Wie eine Sprecherin des Auswärtigen Dienstes der EU später der Presse bestätigte, bestand das chinesische Außenministerium darauf, den Satz zu streichen, der dann tatsächlich auch nicht gedruckt wurde. Die Autor*innen mussten sich vorwerfen lassen, sich der Zensur unterworfen zu haben,

der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell wurde aufgrund des Vorgangs vor den Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments zitiert.

Der Rücktritt des Meinungschefs der *New York Times* Anfang Juni 2020 nach einer Kontroverse um einen Gastbeitrag – ein republikanischer Politiker hatte in einem umstrittenen Zeitungstext den Einsatz des Militärs bei den teilweise gewaltsamen Protesten gegen Polizeigewalt in den USA gefordert – wurde zum Politikum innerhalb des Medienbetriebes selbst (Zeit Online 8.6.2020). Für die deutsche Medienlandschaft stellt der Gastbeitrag des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland in der *FAZ* vom 6. Oktober 2018 (faz.net 6.10.2018) ein entsprechendes Pendant dar. Historiker sahen in seinem Beitrag Parallelen zu einer Hitlerrede. Der Gastbeitrag selbst, aber auch seine Veröffentlichung durch die *FAZ* führte in

der Folge zu viel Kritik aber auch zu Zustimmung und wurde von Medien in Deutschland, der Schweiz und England aufgegriffen. Dabei wurde auch grundsätzlich debattiert, wie mit Gastbeiträgen von Politiker*innen umgegangen werden sollte. Die *taz* schrieb dazu beispielsweise: „Gastbeiträge in Zeitungen sind wichtig für die gesellschaftliche Debatte. Doch sie sollten Politikern keine Bühne bieten. Erst recht keinen Rassisten“ (taz 8.10.2018).¹ Noch kritischer war ein Bericht im *Deutschlandfunk (DLF)* Anfang 2020, der Gastbeiträge generell als „umstritten“ bezeichnete, da bezüglich der Inhalte „in der Regel [...] die kritische Einordnung durch die Redaktion“ nicht gegeben sei (DLF 12.2.2020). Ähnlich klingt es in der Medienkolumne *Altpapier* des *Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)* im Juni 2020. Dort hieß es, Gastbeiträge seien zwar keine

1 Während die letzte Aussage unstrittig sein sollte, ist die Sache hinsichtlich der „Bühne“ für Politiker*innen umstrittener. In jüngster Zeit gab es Beispiele dafür, überspitzt formuliert, ganze Ausgaben von Zeitungen und Magazinen als einen großen Gastbeitrag zu veröffentlichen. So teilte der *stern* am 23. September 2020 online unter dem Hashtag #KLIMAPRIO1 mit, dass er „sowohl im Heft als auch digital“ zum „Weltklimatag mit *Fridays for Future* zusammen“ gearbeitet habe, um der „zentralen Überlebensfrage unserer Zeit den angemessenen, also den größtmöglichen Raum zu geben, mit einem monothematischen Heft“. Zum ersten Mal in 72 Jahren hätten somit „Menschen direkten Einfluss auf die Gestaltung des Magazins nehmen“ können, „die nicht zur Redaktion gehören“. Ähnlich gingen auch die *taz* und die *Frankfurter Rundschau (FR)* vor (meedia.de 22.9.2020; FR 20.9.2019). Diese Zusammenarbeit wurde von einigen kritisch bewertet. So sagte der Wirtschaftsreporter Johannes Röhrig, Sprecher des Redaktionsbeirats: „Der *stern* sollte mit überhaupt keiner Aktivistengruppe zusammenarbeiten, grundsätzlich nicht. Man kann sich auch mal mit einer Sache gemein machen. Mit einer Bewegung aber nicht.“ (stern.de 23.9.2020) Auch das FDP-nahe Magazin *Liberal* nennt die Kooperation zwischen *stern* und *Fridays for Future* in seiner Ausgabe 04.2020 einen „Sündenfall“, der „mit dem journalistischen Berufsethos gebrochen“ habe. „Journalisten dürfen keine Aktivisten sein. Redaktionen, die dieses Selbstverständnis nicht verinnerlicht haben, braucht kein Mensch und eine offene, pluralistische Gesellschaft schon gar nicht. Jeder darf für sein Weltbild werben, notfalls auch missionieren“ – Journalismus dürfe das nicht. Der *stern* habe „mit seiner Aktion, ob aus hehrer Gesinnung oder um eine junge Zielgruppe zu umschmeicheln, Verrat an den Grundlagen des Journalismus begangen. Und das zu einer Zeit, in der angesichts von Fake News und Desinformation das Bemühen um belastbare Fakten so wichtig ist wie selten zuvor“ (Liberal 2020). Der Branchendienst *Turiz* berichtete im September 2020 zudem, dass das Recherchenetzwerk *Correctiv* mit „verdeckten Aktivist*innen von *Fridays for Future* recherchiert“ habe (Turiz.de 12.9.2020). *Turiz* berief sich dabei auf einen Bericht der *Welt am Sonntag*, wonach *Correctiv* für eine Recherche über Kohlestrom in Nordrhein-Westfalen mit Aktivist*innen von *Fridays for Future* zusammengearbeitet habe. Acht Aktive von *Fridays for Future* hätten mit persönlichen *Correctiv*-Mail-Adressen einen Fragenkatalog an Kommunen geschickt, um Beteiligungen an Kraftwerken abzufragen. Dass die Mail-Absender bei *Fridays for Future* waren, sei zwar in der Veröffentlichung, nicht aber bei der Recherche erkennbar gewesen.

Beiträge der Redaktion selbst und diese müsse die Positionen nicht teilen, die ein*e Gastautor*in vertritt. Die Redaktion übernehme jedoch „Verantwortung dafür, wenn sie ihn veröffentlicht. Sie stellt ihre Infrastruktur zur Verfügung, sie befördert die Verbreitung, sie leiht einem Text ihren Markennamen. Sie klebt ihm quasi ein Etikett an: von uns, einem Medium Ihres Vertrauens, für diskussionswürdig und in irgendeiner Weise für relevant befunden“ (MDR 9.6.2020).

Über diese Kritik an der Möglichkeit der ungefilterten Weitergabe politischer Inhalte hinaus, werfen Gastbeiträge von Politiker*innen jedoch weitere Fragen auf: Ist die journalistische Unabhängigkeit noch gegeben, wenn ein*e Politiker*in in einer Zeitung einen Gastbeitrag veröffentlicht und diese anschließend wieder kritisch über diese*n Politiker*in berichten soll? Fördert diese Art der „Zusammenarbeit“ generell eine zu große Nähe zwischen Journalismus und Politik?

Das vorliegende Diskussionspapier möchte mit diesen Fragen als Ausgangspunkt Gastbeiträge in journalistischen Medien als Instrument von Politiker*innen anhand einer kurstorischen Betrachtung seiner Verwendung in drei Qualitätszeitungen – *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)* und *Tagesspiegel (TSP)* – kritisch reflektieren.

Dazu wird im folgenden Kapitel knapp dargestellt, welche Richtlinien der Pressekodex zum Thema ‚Gastbeiträge‘ vorgibt und wie die Berufsethik in diesem Punkt bisher verstanden wird, bevor die weitere Vorgehensweise des Papiers vorgestellt wird (Kapitel 3). Es folgt eine Darstellung, welche Politiker*innen in Gastbeiträgen zu Wort kommen (Kapitel 4), bevor auf die Inhalte der untersuchten Beiträge eingegangen wird (Kapitel 5). In Kapitel 6 wird das Zustandekommen der Gastbeiträge im Wechselspiel zwischen Autor*innen und Medien beleuchtet, bevor ein Fazit (Kapitel 7) gezogen wird.

2 Gastbeiträge in Pressekodex und Berufsethik

Trotz ihrer weiten Verbreitung als journalistisches Format, gibt es zum Einsatz von Gastbeiträgen in Medien scheinbar wenig kodifizierte Regeln. Einschlägige Journalismus-Lehrbücher schweigen sich zum Thema aus (Altmeyden/Arnold 2013; Pürer et al. 2004; Burkhardt 2009), auch der Pressekodex regelt dieses spezielle Feld nicht. Er legt zwar „Richtlinien für die journalistische Arbeit“ fest, doch ist deren Anwendung in diesem Zusammenhang schwierig: Auf die Politiker*innen als Autor*innen der Gastbeiträge sind sie nicht anwendbar. Allerdings ist das den Gastbeitrag veröffentlichende Medium Teil der Presse, für die grundlegende journalistische Standards wie Wahrhaftigkeit, Achtung der Menschenwürde oder der Schutz der Persönlichkeit gelten, Standards, die analog auch für Gastbeiträge gelten sollten. Bei Aspekten wie ‚Sorgfalt‘, ‚Schutz der Ehre‘ oder ‚Trennung von Tätigkeiten mit Interessenkonflikten‘ dürfte es einer Redaktion schwer fallen, die Einhaltung dieser Anforderungen in einem Gastbeitrag zu kontrollieren und effektiv sicherzustellen. Es ist also ein bisher journalistisch unreguliertes Gebiet.

Welche Argumente lassen sich nun für und gegen Gastbeiträge in Medien ins Feld führen?

Grundsätzlich sind sie erst einmal Ausdruck von Pluralismus in den Medien und können deren Inhalte bereichern. Ein zentraler Grund, Gastbeiträge zu veröffentlichen, liegt beispielsweise für den *Tagesspiegel* darin, „interessante Stimmen zu aktuellen oder latent aktuellen politischen Ereignissen zu haben“, so Anna Sauerbrey, Mitglied der Chefredaktion und Leiterin des Ressorts *Meinung/Causa* beim

Tagesspiegel, in einem Telefonat mit dem Autor vom 18. Dezember 2020. Es könne „für die Abwechslung in der Form mal spannend sein zu sehen, wie der Politiker, die Politikerin das selber ausdrückt und ausformuliert“.

Beiträge von Personen, die nicht den Medien als vierter Gewalt angehören, sondern der Exekutive oder der Legislative, brechen allerdings mit dem Grundsatz journalistischer Unabhängigkeit: Politiker*innen verfolgen in erster Linie Machtinteressen, Journalismus hat dagegen objektive Information zum Ziel.

Trotzdem gibt es einige Gründe für Medien, ungeachtet dieses potentiellen Konfliktes Gastbeiträge von Politiker*innen zu publizieren. In dem schon zitierten Beitrag des *Deutschlandfunks* (DLF 12.2.2020) verweisen Verantwortliche aufseiten der Medien beispielsweise auf die Aspekte Aktualität und Relevanz und die Fähigkeit, mit Gastbeiträgen Debatten anzustoßen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist zudem die Prominenz der Gastautor*innen. Sie beinhaltet einen wichtigen Nachrichtenfaktor, sodass das publizierende Medium sich einiger Aufmerksamkeit für die Veröffentlichung sicher sein kann. Das bedeutet Klicks in den Online-Medien und einen Vorteil im Wettkampf um den interessantesten Inhalt.

Für die Medien sind Gastbeiträge aber auch deshalb interessant, weil ein weitgehend ohne Zutun des Mediums fertig produzierter Inhalt kostengünstiger ist, als von bezahlten Journalist*innen produzierte Artikel. Darüber hinaus lassen sich Debatten oder Teilaspekte von Gastbeiträgen in der weiteren Berichterstattung aufgreifen. So berichtete etwa der

Tagesspiegel im Mai 2020: „Nachdem sich bereits die ‚Bild‘-Zeitung vor wenigen Tagen mit Drosten angelegt hatte, kritisierte nun auch Arzt und Biochemiker Alexander Kekulé die Studie in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel*“ (TSP 28.5.2020). Medien schaffen sich so ihre eigenen Nachrichten. Das sorgt für Auflage und generiert Inhalte, die ebenfalls eher kostengünstig sind – beispielsweise, wenn ein „Antwortgastbeitrag“ einer/eines anderen Politikerin/Politikers auf den ersten Gastbeitrag abgedruckt werden kann. Nicht zuletzt bieten Gastbeiträge Medien auch die Möglichkeit, mit Personen aus der Politik in engen Kontakt zu kommen. Eine Zeitung, die jüngst einen Beitrag eines Politikers/einer Politikerin im Blatt hatte, dürfte kaum ein Problem haben, bei einem aktuellen Thema auch ein Statement von ihm bzw. ihr zu erhalten.

Vonseiten der Politiker*innen gibt es wenig gegen eine solche Kooperation einzuwenden. Sie lassen sich grundsätzlich gerne von Medien zitieren und verfassen auch gerne Beiträge für diese, weil sie so politische Inhalte, ihre Bot-

schaften und Standpunkte verbreiten und sich Vorteile gegenüber politischen Gegner*innen, vor allem im Wahlkampf, verschaffen können. Sie erreichen mit Gastbeiträgen ein großes Publikum, können sich das aus ihrer Sicht für ihre Botschaft am besten geeignete Medium aussuchen und so beispielsweise überdurchschnittlich viele Multiplikator*innen erreichen. Freimütig bekennt zum Beispiel die Pressestelle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf Nachfrage des Autors der vorliegenden Arbeit: „Namensartikel sind ein klassisches Instrument der Pressearbeit.“ Mit einem Gastbeitrag steigert ein*e Politiker*in außerdem die eigene Bekanntheit, die eigenen Positionen können – im Gegensatz zum journalistischen Arbeiten mit Zwei-Quellen-Prinzip, Beachtung des Nachrichtenwerts und ausgewogener Darstellung – verhältnismäßig ungefiltert und subjektiv wiedergegeben werden.

Die Zusammenarbeit nützt also beiden Seiten, ist jedoch mit verschiedenen Herausforderungen und Problematiken verbunden, auf die der Journalismus eine Antwort finden muss.²

² Eine besondere Konstellation, die schon als solche Anlass zur Kritik bietet, gab es beim *Tagesspiegel*: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat dort in den Jahren 2012, 2013, 2018 (hier Co-Autor gemeinsam mit Richard Ferrand) und 2020 insgesamt fünf Mal, drei Mal davon im Politikressort, einen Gastbeitrag veröffentlicht. Seine Tochter, Juliane Schäuble, war bis Juni 2018 Politikchefin beim *Tagesspiegel*: für Medien – die schon den Anschein einer Voreingenommenheit vermeiden sollten – eine mehr als unglückliche Vermengung von persönlichen/familiären Beziehungen und Beruf. Von Juliane Schäuble war hierzu auf Anfrage keine Stellungnahme zu erhalten. Wolfgang Schäuble ließ seine Büroleiterin mitteilen, er habe in den zurückliegenden Jahren „zahlreiche Namensbeiträge in deutschen und internationalen Presseorganen veröffentlicht, auch ohne dass in den jeweiligen Redaktionen Verwandte tätig“ gewesen seien. Die Auswahl der Gastbeiträge erfolge „nach allgemeiner Erfahrung aufgrund von professionellen Kriterien der jeweiligen Redaktion“ und richte sich „regelmäßig nicht nach den Wünschen des Autors“.

3 Begriffsdefinition und Vorgehen des Diskussionspapiers

Wie eingangs beschrieben, erhebt das vorliegende Diskussionspapier nicht den Anspruch, eine wissenschaftliche Analyse vorzulegen, aus der generelle Schlussfolgerungen zum Einsatz von Gastbeiträgen in Medien gezogen werden können. Vielmehr sollen lediglich Beobachtungen und Thesen des Autors durch kursorischen empirischen Bezug auf die untersuchten Zeitungen diskutiert und die Debatte über den „richtigen“ Umgang mit Gastbeiträgen von Politiker*innen unterfüttert werden. Als Gastbeitrag wird dabei ein Text verstanden, „den jemand für eine Zeitung o. Ä. geschrieben hat, für die er nicht regelmäßig schreibt“ (duden.de 2020a).

Aufgrund der Vielzahl von Medien und Gastbeiträgen ist ein umfassender Überblick hierzu ohnehin kaum möglich. Die Untersuchung fokussiert sich deshalb auf Tageszeitungen, konkret auf die beiden Leitmedien *Süddeutsche Zeitung (SZ)* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* sowie den *Tagesspiegel*. Untersucht wurden die dort im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Juli 2020 erschienenen Gastbeiträge. *SZ* und *FAZ* wurden als überregionale Qualitätszeitungen mit den größten Auflagen ausgesucht. Der *Tagesspiegel* wiederum eignet sich als Untersuchungsgegenstand, da er eine etablierte Zeitung der Hauptstadt ist, in der viele Gastbeiträge von Politiker*innen erwartet werden können.

Die drei Medien wurden um Übersendung einer Liste aller Gastbeiträge, die im Unter-

suchungszeitraum erschienen sind, gebeten. Die *Süddeutsche Zeitung* stellte eine Liste aller Veröffentlichungen im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 6. August 2020 zur Verfügung, in der das Wort ‚Gastbeitrag‘ auftaucht. Aufgrund des großen Umfangs dieser Liste wurden die Suchergebnisse für das Ressort Politik weitestgehend gefiltert (55) und anschließend um Beiträge bereinigt, die nicht von Politiker*innen stammen. Mithilfe der Suchfunktionen auf *sz.de* und mit einer Suchmaschine wurde kontrolliert, ob sich Gastbeiträge von Politiker*innen finden, die in den übersandten Listen nicht auftauchen. Der *Tagesspiegel* stellte ebenfalls eine Liste mit 79 im Untersuchungszeitraum in verschiedenen Ressorts veröffentlichten Beiträgen zur Verfügung, die den Begriff ‚Gastbeitrag‘ im Text enthalten³ und analog zum Vorgehen bei der Liste der *Süddeutschen Zeitung* bereinigt wurden. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellte keine Liste zur Verfügung, sodass die Recherche entsprechender Beiträge ausschließlich über die Suchfunktion auf ihrer Webseite *faz.net* erfolgte.

Wurden im Verlauf der Recherche weitere Gastbeiträge identifiziert, die im Untersuchungszeitraum in den drei Zeitungen erschienen, aber in den Listen nicht enthalten waren, beispielsweise weil sie nicht als ‚Gastbeitrag‘, sondern als ‚Appell‘ bezeichnet waren, wurden diese noch ergänzt. Dies betraf insgesamt neun weitere Beiträge.

³ Es existieren auch Gastbeiträge von Politiker*innen auf *Tagesspiegel Causa*, dem Online-Debattenmagazin des *Tagesspiegel*. Da *Tagesspiegel Causa* jedoch ein eigenständiges Medienprodukt darstellt und sich die Erfassung der dort publizierten Gastbeiträge technisch sehr schwierig gestaltete, wurde auf eine Aufnahme der dort publizierten Gastbeiträge in die vorliegende Untersuchung verzichtet.

Berücksichtigt wurden nur Gastbeiträge von Politiker*innen, allerdings mit einer recht breit gefassten Definition: Amtierende Abgeordnete, Minister*innen und Regierungsmitglieder jeglicher politischer Ebene, Inhaber*innen hoher Parteiämter und EU-Kommissar*innen, aber auch ehemalige Politiker*innen, die als Personen des öffentlichen Lebens immer noch am politischen Diskurs teilhaben und aufgrund ihrer früheren aktiven politischen Tätigkeit Bekanntheit erlangten. Beispiele sind der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der ehemalige hessische CDU-Ministerpräsident Roland Koch, heute Professor an der *Frankfurt School of Finance and Management*, der ehemalige Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner von der SPD, heute Charité-Vorstand, oder der frühere SPD-Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin. Eine Ausnahme stellt der frühere SPD-Chef Sigmar Gabriel dar. Da er regelmäßig Gastbeiträge für den *Tagesspiegel* schreibt, fallen diese nicht unter die hier verwendete Definition und wurden somit nicht systematisch, sondern nur cursorisch mit in die Untersuchung einbezogen. Beachtet wurden in zwei Fällen allerdings auch Gastbeiträge von Personen, die politische Diskurse durchaus prägen, aber eher der organisierten Zivilgesellschaft als der klassischen (Partei)-Politik zugeordnet werden können. Dies betraf den Dalai Lama, der geistiges Oberhaupt der Tibeter ist, von der tibetischen Exilregierung aber auch als Staatsoberhaupt anerkannt wird und Ronald Lauder, den Präsidenten des *World Jewish Congress*,

der nach eigenen Angaben als internationale Organisation gegenüber „Regierungen, Parlamenten, internationalen Organisationen“ auftritt und „politisch unabhängig“ ist (WJC 2020). Die Überprüfung der Funktionen der einzelnen Autor*innen erfolgte online per Suchmaschine.

Die so recherchierten Gastbeiträge wurden anschließend inhaltlich analysiert. Dabei wurde gefragt:

- Von welchen Politiker*innen gibt es überhaupt Gastbeiträge in großen Zeitungen?
- Welche Politiker*innen/Parteien erhalten in welchen Medien ein Sprachrohr?
- Gibt es Häufungen, was bestimmte Personen, Medien und Parteien betrifft?
- Welche inhaltlichen Positionen beziehen die Politiker*innen in den Gastbeiträgen?

Wo nötig, wurden weitere Recherchen zu einzelnen inhaltlichen Punkten von Gastbeiträgen, Sachverhalten und Themen durchgeführt, insbesondere zu folgenden Fragen:

- Gibt es Interessenkonflikte, was die Inhalte der Gastbeiträge und persönlichen Verbindungen des/r jeweiligen Politiker*in als Autor*in betrifft?
- Wie werden die in Gastbeiträgen enthaltenen Inhalte von anderen Medien weitertransportiert?

Im Online-Anhang⁴ zum Diskussionspapier befindet sich eine Tabelle mit Angabe aller Gast-

⁴ Dieser findet sich auf der Informationsseite zum Diskussionspapier unter www.otto-brenner-stiftung.de.

beiträge, die in die Untersuchung eingeflossen sind, aufgeschlüsselt nach jeweiliger Zeitung, Datum, Titel, Thema und Autor*in. Die dortigen Angaben beziehen sich stets auf die Onlinefassung der Beiträge, mit denen auch grundsätzlich, sofern zugänglich, gearbeitet wurde. Auch die Angaben im Diskussionspapier beziehen sich auf den jeweiligen Onlinebeitrag.

Neben dieser Erfassung und Auswertung der Gastbeiträge wurde den drei untersuchten Medien zudem ein umfangreicher Fragenkatalog übermittelt. Darin wurde unter anderem nach dem redaktionellen Vorgehen bei der Auswahl von Themen und Autor*innen und nach dem Umgang mit etwaigen Interessenkonflikten bei Autor*innen gefragt. Leider wurde die Anfrage in dieser Form von den Zeitungen nicht beantwortet. Für die *Süddeutsche Zeitung* teilte Martin Gritzbach als Pressesprecher der Südwestdeutschen Medienholding mit, „dass wir zu Ihren Fragen nicht Stellung nehmen möchten. Ich bitte dafür um Ihr Verständnis“. Von der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gab es ebenfalls keine inhaltliche Rückmeldung. Für den *Tagesspiegel* stand Anna Sauerbrey, Mitglied der Chefredaktion und Leiterin des Ressorts *Meinung/Causa*, für ein Gespräch zum Thema zur Verfügung.

Auch Autor*innen wurden für Interviews angefragt. Da die Zahl der beteiligten Politiker*innen zu groß war, um mit jeder Person in

Kontakt zu treten, wurden all jene angeschrieben, die im Untersuchungszeitraum mehr als einen Gastbeitrag in einem der untersuchten Medien veröffentlicht haben, und um Beantwortung eines Fragenkatalogs gebeten. Dieses Vorgehen wurde auch deshalb gewählt, weil bei einem/r Politiker*in, der/die mehrfach Gastbeiträge verfasst hat, eher davon auszugehen ist, dass er/sie Angaben zu diesem Prozess machen kann. Dies trifft umso mehr zu, wenn ein*e Autor*in im Untersuchungszeitraum mehrere Gastbeiträge in ein und demselben Medium veröffentlicht hat.

Insgesamt wurden elf Politiker*innen angeschrieben: Josep Borrell, Günther Oettinger, Christian Lindner, Gerhart Baum, Thomas Oppermann, Anja Karliczek, Wolfgang Kubicki, António Guterres, Roland Koch, Ronald Lauder und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Von diesen standen nur die Büros von Wolfgang Kubicki und Thomas Oppermann für eine schriftliche Antwort bzw. ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Zudem wurden vertrauliche Gespräche mit einzelnen Autor*innen verschiedener Parteien bzw. deren Büros geführt, um sich ein Bild vom Ablauf bei der Erstellung und Platzierung von Gastbeiträgen⁵ zu machen.

Abschließend wurde auch ermittelt, inwieweit die Gastbeiträge als solche, sowie ihre Inhalte, von anderen Medien weitertransportiert wurden, indem für jeden Beitrag der Name

⁵ Eine schwer zu untersuchende Frage ist, inwieweit Politiker*innen Gastbeiträge selbst in personam verfassen oder ob lediglich Redenschreiber*innen zu Wort kommen. Eine Untersuchung wäre hier auf wahrheitsgemäße Angaben von Politiker*innen, die Machtgesetzen und nicht dem Pressekodex unterworfen sind, angewiesen. Aus diesem Grund wurde auf die Untersuchung dieser Fragestellung verzichtet. Weitere Untersuchungen dazu sind wünschenswert und wären sicherlich aufschlussreich.

des/der jeweiligen Autors/Autor*in in Kombination mit dem jeweiligen Medium und dem Suchbegriff ‚Gastbeitrag‘ per Suchmaschine recherchiert wurde. Die Suchanfrage lautete also beispielsweise ‚SZ Gastbeitrag Münterfering‘. Es wurde dann online recherchiert, ob es Hinweise für das Aufgreifen des Gastbeitrages durch andere Medien oder Institutionen gibt.⁶

Bezugnahmen und Shares in den Social Media sowie Hinweise auf die Gastbeiträge auf den persönlichen oder Partei- bzw. Frak-

tionshomepages der Autor*innen, auch Bezugnahmen in Pressespiegeln ‚ihres‘ Amtes oder Ministeriums wurden nur erfasst, wenn dies, etwa aufgrund des Umfangs der Social-Media-Reaktionen, im besonderen Fall Mehrwert bietet. Die Ergebnisse dieser Recherchen wurden in eine Liste aufgenommen und ausgewertet.⁷

Zitate aus Gastbeiträgen, die nicht in deutscher Sprache geschrieben wurden, werden im Folgenden stets durch den Autor ins Deutsche übersetzt wiedergegeben.

6 Reine (automatisiert arbeitende) News-Aggregatoren wie „newstral.com“ und „Link-Schleudern“ in den Ergebnissen wurden dabei nicht berücksichtigt.

7 Die Liste kann auf Anfrage beim Autor angefordert werden.

4 Ergebnisse I: Wer schreibt Gastbeiträge?

Insgesamt wurden in die Untersuchung 72 Gastbeiträge von Politiker*innen aus dem Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Juli 2020 einbezogen, darunter

- sieben Gastbeiträge, die im ersten Halbjahr 2020 im Ressort Politik (6) und im Ressort Wirtschaft (1) in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht wurden,
- 28 Beiträge, die in der *FAZ*, *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (*FAS*) und/oder auf *faz.net* veröffentlicht wurden: Dabei wurden 22 Beiträge in der gedruckten *FAZ* und auf *faz.net* publiziert, drei Gastbeiträge erschienen in der *FAS* und auf *faz.net* und drei weitere wurden nur online auf *faz.net* veröffentlicht, jeweils unabhängig vom Ressort,
- 37 Gastbeiträge des *Tagesspiegel*, wovon einer nur im gedruckten *Tagesspiegel* erschien, alle weiteren im *Tagesspiegel* und auf *tagesspiegel.de* veröffentlicht wurden, ebenfalls unabhängig vom Ressort.

Im vorliegenden Kapitel werden zunächst einige allgemeine Beobachtungen dargestellt und es wird der/die typische Gastbeitrags-Autor*in skizziert, bevor in Kapitel 5 genauer auf den Inhalt der untersuchten Gastbeiträge eingegangen wird.

Die 72 Beiträge der Politiker*innen wurden in den Ressorts Politik, Wirtschaft, Kultur, Feuilleton, Gesellschaft, Wissen und Berlin von

insgesamt 66 Politiker*innen veröffentlicht, 63 von einem/r Einzelautor*in, neun von zwei oder mehr Autor*innen.

Bezogen auf die Häufigkeit der Gastbeiträge standen der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP), der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, FDP-Chef Christian Lindner und der ehemalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) mit je drei Beiträgen an der Spitze. Jeweils zwei Gastbeiträge haben die folgenden sieben Politiker*innen veröffentlichten können: UNO-Generalsekretär António Guterres (Partido Socialista/PS, Portugal), Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), Roland Koch (CDU), Wolfgang Kubicki (FDP), Ronald Lauder (*World Jewish Congress*), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Thomas Oppermann (SPD). Die restlichen Politiker*innen verfassten im Untersuchungszeitraum jeweils einen Gastbeitrag.

Von den elf Politiker*innen mit mehreren Gastbeiträgen waren vier damit in verschiedenen Medien präsent⁸, alle anderen schrieben mehrmals in der gleichen Zeitung. Oettinger, bis Juli 2019 EU-Kommissar, und Gerhart Baum verfassten ihre jeweiligen drei Gastbeiträge beispielsweise ausschließlich für den *Tagesspiegel*.

4.1 Parteipolitiker*innen als Autor*innen

Die große Mehrheit der Gastbeitrags-Autor*innen sind Parteipolitiker*innen einer deutschen

⁸ Josep Borrell, Christian Lindner (jeweils *FAZ* und *Tagesspiegel*), António Guterres (*FAS* und *SZ*) und Ronald Lauder (*FAZ* und *SZ*).

Partei. Was dabei den Anteil der Parteien anbelangt, sind diejenigen der Regierungskoalition auf Bundesebene mit insgesamt 34 von 72 Beiträgen am häufigsten vertreten: 18 stammen von Politiker*innen der CDU, drei von CSU- und 13 von SPD-Politiker*innen.

Auffällig oft ist auch die Oppositionspartei FDP vertreten: Mit 15 Beiträgen haben ihre Politiker*innen, obwohl die Partei kleiner und mit weniger Mandaten im Bundestag vertreten ist, häufiger Gastbeiträge veröffentlicht als Mitglieder der Regierungspartei SPD. Bündnis 90/ Die Grünen sind mit drei, Die Linke mit zwei Beiträgen im Vergleich dazu deutlich seltener als Gastautor*innen aktiv. Die AfD ist im Untersuchungszeitraum nicht mit Gastbeiträgen in den untersuchten Medien präsent.

Gemeinsame Gastbeiträge von Politiker*innen verschiedener Parteien werden eher selten veröffentlicht. Lediglich ein Gastbeitrag im *Tagesspiegel* stammte von Joschka Fischer (Grüne) und Sigmar Gabriel (SPD); die *FAZ* veröffentlichte zwei parteiübergreifende Gastbeiträge – beide allerdings mit internationalem Fokus und Regierungsvertreter*innen als Autor*innen: Einen von Angela Merkel (CDU), Emmanuel Macron (La République en Marche), Giuseppe Conte (unabhängig), Erna Solberg (Høyre), Charles Michel (Mouvement Réformateur) und Ursula von der Leyen (CDU) sowie einen von Ursula von der Leyen (CDU), Charles Michel (Mouvement Réformateur) und David Sassoli (Partito Democratico).

Die Verteilung der Gastbeiträge von Parteipolitiker*innen auf die untersuchten Zeitungen deutet verschiedene parteipolitische Muster

an. So scheint man beim *Tagesspiegel* besonders für die FDP offen zu sein – oder umgekehrt – für andere Parteien weniger. Von den 15 Gastbeiträgen, die im Untersuchungszeitraum in den berücksichtigten Tageszeitungen von FDP-Politiker*innen veröffentlicht wurden, erschienen 13 (87 Prozent) im *Tagesspiegel*, nur jeweils einer in der *FAZ* und bei *faz.net*, bei der *SZ* keiner. Anna Sauerbrey aus der Chefredaktion des *Tagesspiegel* erklärte dazu allerdings, dass dies häufig auch „Zufallsprodukte“ seien: „Wenn jetzt zufällig mehrfach hintereinander FDP-Vertreter mit interessanten Sachen auf uns zugekommen sind, dann sagen wir jetzt auch nicht ‚Nehmen wir nicht, hatten wir jetzt gerade schon‘.“ Man versuche allerdings schon, die Parteizugehörigkeit bei den Gastbeiträgen von Politiker*innen „insgesamt im Blick zu halten“. Bezüglich des ‚Überhangs‘ der FDP im *Tagesspiegel* glaube sie aber nicht, „dass das Ausdruck einer bestimmten Präferenz ist“. Mit Blick auf die drei Beiträge von Gerhart Baum im *Tagesspiegel* in der Zeit vom 16. April bis 23. Juni 2020, zwei davon zum Thema ‚Corona‘, sagt Sauerbrey beispielsweise: Baum genieße „als Elder Statesman so eine gewisse Ausnahmefunktion“. Er sei zwar „weiterhin FDP-Politiker“, würde aber innerhalb der FDP für eine Haltung stehen, „die durchaus nicht von allen vertreten wird“ und sei „allgemein als Stimme einer liberalen Rechtsstaat- und Bürgerrechtshaltung interessant“. Bei Gerhart Baum denke sie „gar nicht zuerst FDP, sondern da denke ich ‚systematisches Denken‘, ‚Verteidigung des Rechtsstaats‘, ‚Liberalität‘“. Sie glaube daher auch, dass Baum, „aufgrund seines Alters“

und da er nicht mehr aktiver Politiker sei, „auch von den Lesern so wahrgenommen wird [...] – nicht als Parteipolitiker, sondern als Stimme, die für eine bestimmte Weltsicht steht“.

Eine Häufung von Gastbeiträgen einer bestimmten Partei ist auch bei der *FAZ* festzustellen. Von den oben erwähnten 21 Beiträgen von Politiker*innen der CDU/CSU erschienen elf in der *FAZ*, einer auf *faz.net*, zwei in der *FAS* und auf *faz.net*, einer in der Printausgabe des *Tagesspiegel*, sechs sowohl im *Tagesspiegel* (Print) und auf *tagesspiegel.de* und keiner bei der *SZ*. Bei der *FAZ* gab es zehn Gastbeiträge von einzelnen sowie einen Gastbeitrag eines Duos von CDU-Politiker*innen. Im *Tagesspiegel* gab es zum Vergleich im selben Zeitraum fünf Gastbeiträge von CDU- und sieben von SPD-Politiker*innen. Unter den Beiträgen von CDU-Politiker*innen in der *FAZ* finden sich gleich zwei von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, die *FAZ* und *FAS* Ende März/Anfang April 2020 innerhalb eines Zeitraums von nur zwölf Tagen veröffentlichte. Neben ihr hat nur ein*e weitere*r Politiker*in im Untersuchungszeitraum zweimal einen Gastbeitrag in einem *FAZ*-Medium veröffentlicht, nämlich der im Oktober 2020 verstorbene, damalige Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann.

Betrachtet man das Verhältnis der Beitragsanzahl von Regierungs- und Oppositionsparteien, so stammen, wenn man Gastbeiträge von Schwesterparteien aus dem Ausland

dem jeweiligen deutschen Pendant zuordnet, beim *Tagesspiegel* 18 von 37 Gastbeiträgen (49 Prozent) von Vertreter*innen von Regierungsparteien und 19 von Vertreter*innen von Oppositionsparteien. In der *FAZ* stammen 19 von 28 Gastbeiträgen (68 Prozent) von einem/r Vertreter*in einer Regierungspartei⁹ und nur drei (11 Prozent) von einem/r Vertreter*in einer der Oppositionsparteien im Bundestag. Bei der *SZ* gab es einen Co-Gastbeitrag von einem Vertreter der liberaldemokratischen Partei Sloweniens und einen Beitrag, dessen Autor keiner Partei zugeordnet werden konnte. Die übrigen Beiträge, der eines Vertreters einer konservativ-liberalen Partei, eines Sozialisten und drei Beiträge von SPD-Politiker*innen repräsentierten ausschließlich die Regierungsseite: Beiträge von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke oder Vertreter*innen anderer politischer Strömungen sind nicht darunter.

4.2 Primat der Bundespolitik?

Bei den gewonnenen Daten fällt auf, dass Politiker*innen der Bundesebene gegenüber Vertreter*innen der Landes- und der kommunalen Ebene überrepräsentiert sind. Von den insgesamt 77 Autor*innen sind nur acht (z. T. ehemalige) Landespolitiker*innen, davon fünf beim *Tagesspiegel* und drei bei der *FAZ*.

Beiträge von Landespolitiker*innen gibt es somit nur wenige: Beim *Tagesspiegel* von

9 Der Gastbeitrag des SPD-Bundesministers Heiko Maas zusammen mit der parteiunabhängigen Politikerin und spanischen Außenministerin unter Führung der Partido Socialista Obrero Español, Arancha González Laya, wurde hier als Beitrag von Vertreter*innen von Regierungsparteien gewertet.

Klaus Lederer (Die Linke, Kultursenator von Berlin), Sawsan Chebli (SPD, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin), Franziska Drohsel (Stellvertretende Vorsitzende der SPD Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin), Jürgen Zöllner (SPD, Ex-Bildungssenator von Berlin) und Ehrhart Körting (SPD, Ex-Innensenator von Berlin). Dass es beim *Tagesspiegel* mehr Gastbeiträge von Landespolitiker*innen gibt, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Zeitung im Vergleich zur *SZ* und *FAZ* ein stärker regionales Profil hat. Bei der *FAZ* sind Thomas Strobl (CDU, Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister von Baden-Württemberg), Lucia Puttrich (CDU, Hessische Ministerin für Bund und Europa), die gemeinsam mit einem CDU-Politiker der Bundesebene Co-Autorin eines Gastbeitrages ist, und Roland Koch (CDU, Ex-Ministerpräsident von Hessen) die einzigen Landes- oder Ex-Landespolitiker*innen unter den Autor*innen insgesamt.¹⁰

Gastbeiträge von Vertreter*innen der Politik unterhalb der Landesebene gibt es insgesamt nur zweimal: In Form eines Gastbeitrages des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer (Grüne) und in Form des Gastbeitrages von Franziska Drohsel (SPD Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin), jeweils veröffentlicht in der *FAZ* und im *Tagesspiegel*.

In den Zeitungen erscheinen also eher die großen, bekannten Namen der Bundespolitik mit Gastbeiträgen – Schröder, Steinmeier, Schäuble – oder, Beiträge von früheren Bundesminister*innen einmal außen vor gelassen, amtierende Mitglieder der Bundesregierung, von denen elf der 72 Beiträge stammen. Dazu gehören Angela Merkel, Anja Karliczek, Monika Grütters, Annegret Kramp-Karrenbauer, Julia Klöckner, Heiko Maas, Gerd Müller¹¹, Horst Seehofer und Jens Spahn. Auch bekannte EU-Politiker*innen – Mitglieder von EU-Organen der Exekutive – sind mit einigen Beiträgen vertreten: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der geschäftsführende Vize-Kommissionschef Frans Timmermans, Ratspräsident Charles Michel (Co-Autor gemeinsam mit Ursula von der Leyen) oder der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, der gleichzeitig zu den insgesamt am häufigsten vertretenen Autor*innen gehört.

4.3 Diversität? Männlich, westdeutsch, ohne Migrationshintergrund

Was die Geschlechterverteilung angeht¹², ergibt sich ein sehr unausgewogenes Bild: Von den 72 Gastbeiträgen im Untersuchungszeitraum wurden 56 (77,7 Prozent) von einer oder

¹⁰ Johann Wadephul, der gleichzeitig CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist, wurde hier nicht als Landespolitiker gezählt.
¹¹ Ein Gastbeitrag von Gerd Müller, dessen Co-Autor der Vorsitzende von Unicef Deutschland, Georg Graf Waldersee ist, wurde als Beitrag von Politiker*innen gewertet.
¹² Die Zuordnung männlich/weiblich wurde anhand des Namens durch den Autor der vorliegenden Arbeit vorgenommen und muss nicht notwendigerweise mit der eigenen Geschlechtsidentität übereinstimmen. Es wurde nicht recherchiert, ob Eigenbezeichnungen bekannt sind.

mehreren männlichen Personen verfasst, fünf (7 Prozent) von einer gemischten Gruppe und nur elf ausschließlich von einer weiblichen Person (15,3 Prozent). Während es einige Beiträge von Männerduos gab – veröffentlicht bei *FAZ* und *SZ* – gab es im Untersuchungszeitraum keinen Beitrag eines Frauenduos. Bei der *SZ* wurden zudem alle sieben Gastbeiträge von Männern verfasst, bei der *FAZ* 16 von 22 (73 Prozent) und beim *Tagesspiegel* 24 von 33 (73 Prozent).

Das Ost-West-Verhältnis ist ebenfalls sehr unausgewogen: Die überwiegende Mehrheit der Autor*innen stammt aus Westdeutschland. Nur drei der 72 Gastbeiträge (4,2 Prozent) haben eine*n (Co-)Autor*in aus Ostdeutschland, zwei beim *Tagesspiegel* und einer bei der *FAZ*: Angela Merkel (Co-Autorin, Mecklenburg-Vorpommern), Katja Kipping (Alleinautorin, Sachsen) und Karl-Heinz Paqué (Alleinautor, Sachsen-Anhalt) mit Gastbeiträgen in *FAZ* (Merkel) und *Tagesspiegel* (Kipping, Paqué). Während der *Tagesspiegel* somit auf 5,4 Prozent ostdeutscher Autor*innen von Gastbeiträgen kommt, sind es bei der *FAZ* 3,8 Prozent – und null Prozent bei der *SZ*.

Ein erhebliches Ungleichgewicht lässt sich auch hinsichtlich der Repräsentation von Politiker*innen mit Migrationshintergrund feststellen. Der einzige Gastbeitrag unter den 72 Beiträgen im ersten Halbjahr 2020 ist unter diesem Blickwinkel offensichtlich der im *Tagesspiegel* von Sawsan Chebli (SPD), die laut ihrer Homepage als „Kind einer palästinensischen Flüchtlingsfamilie in Berlin Moabit“ geboren wurde – ein Anteil von lediglich 1,4 Prozent.

Der/die typische Autor*in eines Gastbeitrages in *SZ*, *FAZ* und *Tagesspiegel* ist also männlich, hat keinen Migrationshintergrund, kommt aus Westdeutschland und gehört einer der Regierungsparteien CDU oder SPD an.

4.4 Gastbeiträge als Nachrichtenfaktor

Wie eingangs erwähnt, werden Gastbeiträge von Politiker*innen gelegentlich selbst zum Gegenstand politischer Debatten. Wie stellt sich dieser Sachverhalt im untersuchten Zeitraum dar, welchen Nachrichtenwert hatten die veröffentlichten Gastbeiträge für andere Medien?

Die Überprüfung ergab, dass Gastbeiträge mehrheitlich nicht von anderen Medien weitertransportiert werden. Aufgegriffen wurden

- zehn der 37 untersuchten Gastbeiträge des *Tagesspiegel*
- neun von 28 Beiträgen in *FAZ* bzw. *faz.net*
- drei von sieben Gastbeiträgen in der *SZ*

Da bei der hier gewählten Erhebungsmethode (vgl. Kapitel 3) bereits jegliches Aufgreifen der Gastbeiträge berücksichtigt wurde – durch Pressesprecher*innen von Hochschulen, Nischenmagazine wie *musikwoche.de* und *Reddit-Threads* bis hin zu großen etablierten Qualitätsmedien wie *tagesschau.de*, ist das Ergebnis umso aussagekräftiger. Die in der Einleitung dargelegte These, dass Medien sich mit Hilfe von Gastbeiträgen ihre eigenen Nachrichten schaffen, scheint somit, wenn überhaupt, für das publizierende Medium selbst zu gelten.

5 Ergebnisse II: Die Inhalte der Gastbeiträge

Über die rein quantitative Untersuchung der Gastbeiträge hinaus wurden diese inhaltlich auf die besprochenen Themen sowie die enthaltenen Aussagen und Positionen hin untersucht. Mit Blick auf die für den Journalismus geltenden Anforderungen hinsichtlich Ausgewogenheit und Kontextualisierung und die Frage, ob diese auch für Gastbeiträge gelten, waren dabei neue Standpunkte und besonders kontroverse Positionen oder umstrittene Themen von besonderem Interesse.

Vor diesem Hintergrund soll folgenden Fragen nachgegangen werden: Welche Themen werden in den untersuchten Gastbeiträgen platziert, welche Positionen werden vertreten? Finden diverse Meinungen Platz? Wer meldet sich mit welchem Thema zu Wort?

Die im Detail analysierten Gastbeiträge werden dabei im Folgenden, sofern nicht anders angegeben, lediglich im Fließtext durch die Nennung des Autors/der Autorin, des Zeitungsnamens und des Veröffentlichungsdatums zitiert, um eine Überfrachtung des Quellenverzeichnisses zu vermeiden. Im Online-Anhang zum Diskussionspapier sind die Artikel durch die Angaben im Text eindeutig identifizierbar, dort befinden sich auch die Links zu den Originalartikeln.

5.1 Einseitige Sichtweisen auf kontroverse Themen

Topthema Corona

Da der Untersuchungszeitraum die erste Hochphase der Corona-Krise umfasst, ist es zu-

nächst wenig überraschend, dass eine Dominanz dieses Themas festzustellen ist. Von den 72 untersuchten Gastbeiträgen befassen sich 36 (50 Prozent) zentral oder partiell mit der Corona-Pandemie:

- vier (5,1 Prozent) in der *Süddeutschen Zeitung*
- 15 (53,6 Prozent) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (zwölf in der *FAZ*, drei auf *faz.net*)
- 17 (45,6 Prozent) im *Tagesspiegel*

Von den 36 Beiträgen zu Corona erschienen insgesamt vier ab dem 14. März 2020, 13 im April, zwölf im Mai, drei im Juni und vier im Juli, die Konjunktur des Themas in den Gastbeiträgen von Politiker*innen nahm also stetig ab. Die Beiträge wurden dabei in den unterschiedlichsten Ressorts (Politik, Kultur, Feuilleton, Gesellschaft, Wissen und Berlin) veröffentlicht. Die parteipolitische Verteilung der Autor*innen folgte dabei in etwa der Verteilung innerhalb aller Gastbeiträge: elfmal schrieben CDU- oder CSU-Politiker*innen über Corona, je fünfmal Politiker*innen von FDP und SPD, zweimal von der Linken und ein Grünen-Duo.

Zwei Aspekte scheinen den Politiker*innen beim Thema ‚Corona‘ ganz besonders wichtig zu sein: Lieferketten und Resilienz¹³. Sie werden in verschiedenen Gastbeiträgen verschiedener Autor*innen angesprochen. Man könnte fast denken, in allen Fällen sei der/die selbe Ghostwriter*in am Werk gewesen. So prophezeit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

¹³ Der Duden definiert Resilienz als „psychische Widerstandskraft“ und „Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen“ (duden.de 2020b).

(CDU) in seinem *FAZ*-Gastbeitrag vom 29. April 2020: „Wir werden Ausdauer und Besonnenheit, Kraft und Resilienz benötigen.“ Auch in einem *FAZ*-Gastbeitrag des stellvertretenden baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl (CDU) vom 2. Juni 2020 ist von Resilienz die Rede. Dort heißt es: „Aus den Erfahrungen müssen wir nun die richtigen Schlüsse ziehen, um die Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen.“ Zudem müsse die Bildungslandschaft digitaler werden. „Lernplattformen und eine intelligente Verbindung von E-Learning und Präsenzunterricht – sogenanntes *blended learning* – können Lerninhalte aktueller halten, die Lernmethoden kontinuierlich verbessern und die Resilienz des Bildungssystems erhöhen.“ Und im *FAZ*-Gastbeitrag von Außenminister Heiko Maas und Arancha González Laya¹⁴ vom 30. Juni 2020 ist die Rede davon, dass Spanien und Deutschland sich in der EU gemeinsam „für eine schonungslose Analyse unserer strategischen Abhängigkeiten einsetzen – egal ob sie technologisch, sicherheits-, handels- oder währungspolitisch bedingt sind. Und wir werden Lösungen dafür erarbeiten – zur Bewältigung der Krise und gleichzeitig als Weg in eine resilientere Zukunft“. Auch Wolfgang Schäuble (CDU) verwendet in einem *FAZ*-Gastbeitrag vom 5. Juli 2020 den Begriff der Resilienz und verbindet ihn mit dem zweiten Top-Thema der Corona-Gastbeiträge: ‚Lieferketten‘. Die Pandemie zeige, so Schäuble, „wie verwundbar Europa durch seine Abhängigkeit von globalen

Märkten und Lieferketten auch in lebenswichtigen Bereichen“ sei. Es gelte, „die Souveränität Europas gerade im Gesundheitssektor auszubauen und durch bessere Koordination bei der Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden, Diagnosetests und medizinischen Systemen die europäische Resilienz zu stärken“.

Während der Begriff ‚Resilienz‘ somit viermal und in 11,1% der Gastbeiträge zu Corona auftaucht, aber stets nur in der *FAZ*, geht es bei ähnlich häufiger Nennung in allen untersuchten Zeitungen auch um ‚Lieferketten‘. Ein *SZ*-Gastbeitrag von Janez Potočnik (slowenischer Politiker und ehemaliger EU-Umweltkommissar) und wissenschaftlichem Co-Autor Martin Stuchtey vom 26. Juli 2020 trägt sogar den Titel „Es geht um mehr als Lieferketten“. Darin heißt es: „Seit den 70er-Jahren kannte die Globalisierung kein Halten mehr und schuf immer längere, komplexere, mitunter absurd erscheinende Produktionsverbundsysteme und Lieferketten. [...] Mittlerweile haben wir verstanden, wie sehr uns gebrochene Lieferketten auch als einzelne Menschen konkret angehen.“ Die „Unterbrechung der Lieferketten durch das Coronavirus“ hätten uns die Fragilität unseres Wirtschaftssystems unmissverständlich vor Augen geführt. Es sei aber „nicht damit getan, dass die Covid19-Krise uns gelehrt hat, dass wir den globalen Lieferketten und dem globalen Risikomanagement weit mehr Aufmerksamkeit schenken müssen“. Die Autoren führen weiter aus: „Wie bei den Lieferketten

¹⁴ Einige Wochen vor Erscheinen des Gastbeitrages, dessen Co-Autorin González Laya ist, veröffentlichte die *FAZ* auch ein Interview mit der spanischen Außenministerin, in dem sie u. a. darlegte, dass sie sich von Deutschland mehr politische Führung wünsche (faz.net 18.4.2020).

haben wir die üppige und friktionslose Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen zu immer günstigeren Preisen für selbstverständlich genommen.“ Es sei höchste Zeit zu erkennen, „dass die Überdehnung unserer ‚Ressourcenketten‘ neben den Lieferketten die zweite Achillesferse der Weltwirtschaft darstellt“.

Im *Tagesspiegel* fordert Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CDU) in einem Gastbeitrag vom 30. März 2020: „Wir müssen unsere Lieferketten grundlegend überprüfen, um unsere Versorgung nicht nur krisenfest, sondern auch erregungsfrei zu machen.“ Man müsse „Infektionsketten von Lieferketten fernhalten“. Müller führt aus, vor der Pandemie habe man „intensiv für ein Lieferkettengesetz geworben, um in den ärmeren Ländern soziale und ökologische Standards einzuführen. Der Schutz von Lebensmitteln vor Zoonosen zählt dringend dazu“. Nutztiere müsse man impfen, Produkte testen und hygienezertifizierte Lebensmittellager und -verteilprogramme einrichten, damit „weder wir, noch die Menschen oder Betriebe, die in dieser Lieferkette für uns produzieren, gesundheitlich und wirtschaftlich Schaden nehmen“.

Schließlich stellt auch UNO-Generalsekretär António Guterres in seinem *FAZ*-Gastbeitrag vom 8. März 2020 fest: „Die Finanzmärkte sind von der Unsicherheit hart getroffen, globale Lieferketten sind gestört worden.“

Beide Begriffe – ‚Lieferketten‘ und ‚Resilienz‘ – sprechen dabei sicherlich wichtige Aspekte der Corona-Krise an; es stellt sich aber die Frage, warum nicht andere Schlagworte dominierten, die beispielsweise die Debatten

um die Kurzarbeit oder die Kinderbetreuung in den Mittelpunkt gestellt hätten. Noch andere Aspekte des Themas – etwa Auswirkungen der Corona-Pandemie auf soziale Gerechtigkeit oder die Umwelt – bleiben darüber hinaus fast vollständig unterbelichtet.

Wirtschaftsmacht China

Ähnlich ist es beim Thema China, das ebenfalls häufig in Gastbeiträgen auftaucht. In den jeweiligen Gastbeiträgen geht es dabei meist um geopolitische Fragestellungen oder Fragen des Welthandels und der Konkurrenz zwischen China und anderen Ländern bzw. Regionen der Erde.

Der frühere EU-Kommissar Günther Oettinger fragt in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* vom 24. Juni 2020 beispielsweise, ob Europa „in der Nach-Corona-Zeit die wirtschaftliche Verzweigung“ drohe. Gemessen am Börsenwert stammten „von den hundert wertvollsten Unternehmen heute 56 aus den USA, 18 aus Europa und 14 aus China – wobei der Angriff der Chinesen gerade erst begonnen hat“. Sorge um eine wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber China äußert in einem *FAZ*-Gastbeitrag vom 19. Mai 2020 auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Ralph Brinkhaus: „Unser Außenhandel wird kein Selbstläufer mehr sein. China macht viel Druck. Wir sollten gemeinsam mit unserer Wirtschaft und auf europäischer Ebene dagegenhalten und unsere Asien- und Afrika-Strategie entwickeln und umsetzen.“ In einem weiteren *FAZ*-Gastbeitrag von Brinkhaus und Lucia Puttrich (CDU, hessische Ministerin für Bundes- u. Europa-

angelegenheiten) vom 16. Juli 2020 wird die Bedeutung wirtschaftlicher Aspekte nochmals betont. So heißt es im Gastbeitrag von Brinkhaus und Puttrich: „Frieden und Freiheit mit wirtschaftlichem Wohlstand zu verbinden könnte etwa durch eine europäische Antwort auf die ‚Neue Seidenstraße‘ Chinas erreicht werden.“ Offenbar sei Europa ein wichtiger Teil des „chinesischen Plans“. Deutschland und die EU seien „sehr interessiert, was in Afrika passiert, allerdings zu oft nur wegen seiner Migrationsströme“. China habe „einen anderen Ansatz, in dem es vor allem um die wirtschaftlichen Chancen – und natürlich auch die Rohstoffsicherung – geht“. Deutschland, so Brinkhaus, solle „den chinesischen Ansatz nicht kopieren“, sondern seinen „wirtschaftlichen Fokus mehr auf den Kontinent legen“.

Mehrere Autor*innen verbinden wirtschaftliche auch mit geostrategischen Aspekten. So erklärt der frühere Bundesumweltminister und heutige CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen in einem am 2. März 2020 in der *FAZ* veröffentlichten Gastbeitrag: „China droht, Europa in die Defensive zu bringen: mit seiner ökonomischen Kraft, mit seinen technologischen Ambitionen und einem wachsenden geopolitischen Ehrgeiz.“ Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell schreibt in einem Gastbeitrag im *Tagespiegel* vom 8. Februar 2020, Europa müsse „die Sprache der Macht neu erlernen“ und sich „als geostrategischen Akteur der obers-

ten Kategorie begreifen“, um zu vermeiden, dass man „zu den Verlierern des Wettbewerbs zwischen den USA und China“ werde. In dem Beitrag heißt es weiter: „Ob durch den Einsatz der europäischen Handels- und Investitionspolitik, der Finanzmacht, der diplomatischen Präsenz, der Regelsetzungskapazitäten oder durch die stärker werdenden Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente“, die EU habe „viele Ansatzpunkte, um Einfluss zu nehmen“. Der frühere NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen schließlich fokussiert sich in einem *SZ*-Beitrag vom 29. April 2020 mit der Überschrift „Europa muss Chinas Angriff abwehren“ auf Geopolitik und meint, Peking wolle die Westallianz „zerstören“.

Ein ‚Gastbeitrag‘¹⁵ im Untersuchungszeitraum, der sich mit China beschäftigt und einen weniger konfrontativen Ton anschlägt, stammt von Sigmar Gabriel und erschien im *Tagespiegel* (TSP 1.7.2020). In dem Beitrag zitiert Gabriel den Chef des Axel-Springer-Verlags, der an die Europäer*innen appelliert habe, „sich im Machtkampf zwischen Washington und Peking eindeutig auf die Seite der USA zu stellen“. Geschehe dies nicht, so habe Döpfner erklärt, „drohe dem Kontinent ein ähnliches Schicksal wie Afrika, das ‚allmählich zu einer chinesischen Kolonie wird‘“. „Decoupling“, also zu Deutsch Entkopplung, so Gabriel in seinem Gastbeitrag, werde „zum neuen Schlachtruf des Kalten Krieges 2.0 gegen China“. In Gabriels Beitrag

¹⁵ Wie in Kapitel 3 erwähnt, wurden die ‚Gastbeiträge‘ von Sigmar Gabriel nicht systematisch in die Auswertung mit einbezogen, da er als regelmäßiger Autor keine klassischen Gastbeiträge im Sinne der hier verwendeten Definition umfasst. An dieser und einigen weiteren Stellen werden seine Beiträge aufgrund des offensichtlichen inhaltlichen Zusammenhangs jedoch erwähnt.

heißt es weiter: „Man wäre gespannt auf die Springer-Schlagzeilen, wenn Deutschlands Autoindustrie ihren Zugang zum chinesischen Markt verlieren würde und hier die Arbeitslosenzahlen hochschnellten. Noch stärker betroffen vom Decoupling wären Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, deren wirtschaftliche Entwicklung stark von Auto-Zuliefererindustrien abhängt.“¹⁶

Was in den Gastbeiträgen gegenüber wirtschaftlichen und geopolitischen Aspekten zum Thema ‚China‘ sehr viel weniger auftaucht, sind die Menschenrechtslage oder die Überwachungsstaatproblematik – auch dies eine inhaltliche Schwerpunktsetzung, die im redaktionellen Teil einer Zeitung zumindest diskussionswürdig wäre. Lediglich der *FAZ*-Gastbeitrag von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble vom 5. Juli 2020 schlägt eine Brücke zwischen Geopolitik und Aspekten von Demokratie bzw. Überwachung. Dort heißt es, China werbe „selbstbewusst für seine Art staatlicher Effizienz und Handlungsfähigkeit – allerdings um den Preis einer totalitären Machtstruktur und der totalen Kontrolle des Einzelnen“. Auch der *Tagesspiegel*-Gastbeitrag vom 29. Juli 2020 von Altkanzler Gerhard Schröder, der heute Aufsichtsratschef des russischen Rosneft-Kon-

zerns und Präsident des Verwaltungsrats der Nord Stream 2 AG ist, lässt Kritik anklingen. In dem Gastbeitrag heißt es, dass man China brauche, dies jedoch „Kritik an Missständen im Inneren nicht ausschließen“ müsse.

Pro Militäreinsätze, Atomwaffen und Gentechnik

Auch was andere höchst kontroverse Themen wie Atomwaffen, Gentechnik und eigene europäische Militäreinsätze betrifft, so wird in den untersuchten Gastbeiträgen stets nur eine – die befürwortende – Sicht dargestellt, zumindest innerhalb dieses Formats werden andere Sichtweisen nicht präsentiert. Bei derart gesellschaftlich und politisch kontroversen Themen, die mit weitreichenden Auswirkungen für viele Menschen verbunden sein können, ist eine solche mangelnde inhaltliche Diversität von Positionen und Meinungen nicht unproblematisch.

So spricht sich Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in der *FAZ* vom 5. Juli 2020 für „pragmatische Lösungen“ beim „Schutz der europäischen Außengrenzen und der Menschen beiderseits dieser Grenzen“ aus, wozu auch „militärisches Engagement der EU“ gehöre. Es brauche, so Schäuble, „Mut“.

16 Inwiefern Gabriels Einlassungen dem Geist einer neuen sozialdemokratischen Entspannungspolitik geschuldet sind oder aber vielmehr auf die Tatsache zurückgeführt werden können, dass – wie Medien einige Monate zuvor vermeldeten – der frühere Bundeswirtschaftsminister oberster Autolobbyist in Deutschland werden und das Amt des Präsidenten des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) übernehmen sollte, muss offenbleiben. Es wäre in jedem Falle eine eigene journalistische Kontextualisierung zu den Gastbeiträgen von Gabriel wert. Der Seitenwechsel – der schließlich doch nicht zustande kam – wurde unter anderem von der Organisation Lobbycontrol scharf kritisiert: „Ein Wechsel von Gabriel zum VDA würde kein gutes Licht auf die Politik werfen. Das schadet der Demokratie.“ Es entsteht so der Eindruck, dass Politiker ihr Adressbuch verkaufen. Der *Tagesspiegel* verbreitete damals die Erstnachricht zu der Personalie und war es auch, der dann anschließend, „exklusiv“, die Nachricht verbreitete, dass Gabriel als oberster Autolobbyist doch nicht zur Verfügung stehe.

Europa müsse „viel stärker als bisher Verantwortung in der Welt und für die eigene Sicherheit übernehmen“. Dies beinhalte auch die „Bereitschaft, in letzter Konsequenz militärische Gewalt anzuwenden, zumindest damit drohen zu können“. Eine „europäische Verteidigungsidentität“ setze voraus, „nationale Selbstblockaden zu überwinden – auch und gerade in Deutschland“. Denselben Tenor schlägt auch Sigmar Gabriel in seinem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* zur USA-Politik vom 28. Juni 2020 an, wenn er schreibt, man müsse die „eigenen Interessen definieren und klären, mit welchen politischen, wirtschaftlichen oder auch militärischen Mitteln wir unsere Idee vom Zusammenleben auf einem geeinten Kontinent erhalten und ausbauen wollen“ (TSP 28.6.2020). Die Zeiten, in denen man „Interessen auf US-Flugzeugträger projizieren konnte“ seien vorbei. Ähnlich klingt es beim Bundestags- und Landtagsabgeordneten Johann Wadephul (CDU), der in einem *FAZ*-Gastbeitrag vom 17. Januar 2020 fordert, Europa müsse „sicherheitspolitisch und militärisch handlungsfähiger werden“. Nur so könne Europa „seine Sicherheitsinteressen auch in dem Fall wahren [...], wenn sich die Nato oder die Vereinigten Staaten nicht beteiligen können oder wollen“. Deutschland müsse „nicht nur bereit sein, sich mehr zu engagieren, wie etwa zum Schutz des freien Seeverkehrs weltweit“. Auch könne sich „Deutschland zur Stabilisierung der Sahel-Zone und zur Bekämpfung des Terrorismus dort stärker engagieren: politisch, wirtschaftlich aber auch, wenn dafür ein UN-Mandat vorliegt, mit mehr Soldaten“.

Dies liege „im deutschen Interesse“. Auch Norbert Röttgen erklärt in seinem am 2. März 2020 in der *FAZ* veröffentlichten Gastbeitrag, Deutschland sehe ein, „dass es sich in der Sahelzone stärker engagieren muss, wenn die Region nicht zu einem neuen Sammelbecken für islamistischen Terrorismus werden soll“ und fragt: „Warum beginnen einzelne Länder nicht einfach mit gemeinsamen militärischen Übungen?“ Gerhard Schröder spricht sich in seinem Gastbeitrag dafür aus, „die europäischen Potenziale besser zu nutzen und sie in Richtung einer gemeinsamen europäischen Armee zu entwickeln“. Schon 2003 habe er als Kanzler „eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“ vorgeschlagen.

Die Debatte um (europäische) Militäreinsätze und die militärischen Fähigkeiten Europas ist dabei immer wieder auch mit Aussagen über Atomwaffen verbunden. Als der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich Anfang Mai gegenüber dem *Tagesspiegel* den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland forderte (Zeit Online 2020), reagierten in den untersuchten Zeitungen einige Politiker*innen mit Gastbeiträgen darauf – die allesamt gegen den Vorschlag Mützenichs argumentierten. So erklärte der SPD-Außenpolitiker Nils Schmid in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* vom 5. Mai 2020, ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands würde zu „Risiken“ führen. „Wir dürfen diese Bedrohung und die nukleare Modernisierungsstrategie Russlands nicht einfach ausblenden, sonst macht sich Europa erpressbar“, so Schmid weiter. Aus Deutschland abgezogene Nuklearwaffen würden

ohnehin „in anderen europäischen Nato-Mitgliedsstaaten weiterhin stationiert bleiben“ und „unter Umständen“ in weiteren Ländern neu aufgestellt werden. Ein „atomwaffenfreies Deutschland in einem atomwaffenfreien Europa“ sei „noch nicht erreichbar“. Die SPD solle „die nukleare Teilhabe dazu nutzen, die Eigenständigkeit Europas auszubauen und damit das Gewicht der europäischen Länder in Fragen der Abrüstung zu erhöhen“.¹⁷ Auch Sigmar Gabriel meldete sich am 8. Mai 2020 mit einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* zu Wort und schrieb, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich keine US-Atomwaffen mehr in Deutschland haben wolle sei „nicht zu Ende gedacht“ (TSP 8.5.2020). Gabriel weiter: „Nicht von den US-Atombomben in der Eifel geht die größte Gefahr aus, sondern von nuklearen Technologien außerhalb Europas.“ Steige Deutschland aus der nuklearen Teilhabe aus, könne „es gleich auch seine Nato-Mitgliedschaft kündigen“. Werde Deutschland „zum Spaltpilz europäischer Sicherheitspolitik“ oder sei Deutschland sogar auf dem Weg raus aus der Nato sei dies „eine Einladung zur Destabilisierung Europas!“. Der bereits erwähnte *FAZ*-Gastbeitrag von Johann Wadephul vom 17. Januar 2020 trägt gar den Titel „Europa braucht auch französische Atomwaffen“. Er betont, dass ein deutscher Beitrag zu einem „europäischen Pfeiler des transatlantischen

nuklearen Schutzschilds [...] nicht verweigert werden [dürfe]. Dies kann in einer Fortführung der nuklearen Teilhabe geschehen“. In jedem Fall müsse Deutschland dafür „die erforderlichen Fähigkeiten“ – damit sind wohl militärische gemeint, sprich Bereitstellung wie bisher von Bundeswehr-Kampfflugzeugen als Trägersysteme für (US-)Atomwaffen – „und die materiellen, logistischen und finanziellen Mittel bereitstellen“.

Ebenfalls sehr einseitig geht es beim Thema Gentechnik zu. In seinem *FAZ*-Gastbeitrag vom 3. Mai 2020 schlägt Roland Koch (CDU) im Rahmen eines Zehn-Punkte-Plans vor, „gentechnologische Arzneimittelforschung“ zum „Forschungsschwerpunkt der öffentlichen Förderung“ zu machen. Am 24. Juni 2020 legt der frühere EU-Kommissar Günther Oettinger, ebenfalls CDU, in einem Gastbeitrag im *Tagesspiegel* nach und fordert: „Denkverbote wie die grundsätzliche Ablehnung der Gentechnik“ gehörten „auf den Prüfstand“. Schließlich spricht auch die Bundesernährungs- und Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) in einem *Tagesspiegel*-Gastbeitrag vom 14. Juli 2020 das Thema an. In ihrem Beitrag geht es konkreter um das sogenannte Genome Editing, dem die Ministerin positiv gegenübersteht. Bei dem Verfahren wird mittels Gentechnik das Erbgut von Organismen verändert, beispielsweise um das Wachstum einer Pflanze zu vergrößern. Die Vorgehensweise

¹⁷ Der *Tagesspiegel* veröffentlichte auch am 30. August 2020 einen Gastbeitrag von Nils Schmid, in dem er auf Atomwaffen eingeht: „Strategische Autonomie Europas im strengen Sinne würde die Verfügbarkeit strategischer Atomwaffen für Europa voraussetzen – ein Ziel, das wenig realistisch erscheint.“ (TSP 30.8.2020)

ist jedoch umstritten. Laut Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen sind beim Genome Editing schwerwiegende „Fehler in der Vererbung, falsches Schneiden der Gene oder falsches Zusammenbauen beim Reparaturmechanismus“ nicht ausgeschlossen und können, „gerade in der freien Wildbahn eingesetzt, verheerende Folgen für Mensch und Umwelt haben“ (Fraunhofer INT 2020). Viele Wissenschaftsorganisationen sprächen sich daher „für eine vorsichtige Herangehensweise und Sicherheitsmaßnahmen bei dieser Technik aus“. Laut Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist aus Sicht einer Expertengruppe der EU-Kommission auch eine Einzelfallprüfung erforderlich, „um das Risiko von Organismen, die durch neue Techniken (Genome Editing) erzeugt wurden, zu bewerten“ (BfR 2019). Davon erfährt der/die Leser*in in dem Beitrag von Klöckner natürlich nichts, auch gibt es keinen ‚Gegengastbeitrag‘, der diese Punkte hätte einbringen können. Stattdessen erklärt die Ministerin Klöckner, die wegen ihrer Nähe zur (Lebensmittel-)Industrie bereits in die Kritik geriet, mit Hilfe der Gentechnik könne man Züchtungsprozesse „massiv beschleunigen“. Je nach Kulturart würden „Zeiteinsparungen von sechs bis 50 Jahren genannt. Diese Zeit könnten wir dort klug nutzen, wo der Innovationsdruck besonders hoch ist.“ Die Forschung arbeite „mit den neuen Techniken“, also gentechnischen Verfahren „an pilz- und krankheitsresistenten Sorten, die Erträge mit weniger Chemie sichern“, so die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft.

5.2 Ausgewählte Gastbeiträge in *Tagespiegel*, *Frankfurter Allgemeine* und *Süddeutsche Zeitung*

Für die in Kapitel 5.1 untersuchten Gastbeiträge wurde festgestellt, dass sie in der Tendenz kontroverse Themen relativ einseitig darstellen. Aus journalistischer Sicht scheint es daher geboten, Aussagen und Hintergrund der Gastautor*innen mit zusätzlichen Informationen zu ergänzen, um den Inhalt einordnen zu können. Um die Notwendigkeit dieser journalistischen Einordnung deutlich zu machen, wird im Folgenden für jede der untersuchten Zeitungen ein Gastbeitrag im Detail analysiert.

***Süddeutsche Zeitung*: „Beeinflussungsstrategien“ als Politikkommentar**

Der frühere dänische Ministerpräsident und ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, der der liberal-konservativen Venstre-Partei angehört, ist Autor eines Gastbeitrages, der unter dem Titel „Epochales Risiko“ bzw. online unter „Europa muss Chinas Angriff abwehren“ im Politikressort der *Süddeutschen Zeitung* am 29. April 2020 erschien. In seinem Beitrag, in dem es ihm darum geht, dass das „Reich der Mitte“ die Corona-Krise nutzen wolle, „um seine Macht auszubauen“ und in dem er Europas Umgang damit thematisiert, äußert er sich auch zur Ukraine: „In einigen Balkanstaaten sowie der Ukraine weitete China seine strategischen Investitionen bereits aus. Beispiele sind Investitionsangebote von chinesischen Unternehmen, den Hafen nahe

Odessa zu modernisieren oder das Luftfahrtunternehmen *Motor Sich* zu übernehmen.“¹⁸

Rasmussen ist laut von der *SZ* beigefügter Autorenvita auch „CEO der Beratungsfirma Rasmussen Global“. Worüber die Leser*innen nicht unmittelbar informiert werden, ist die Tatsache, dass die Firma laut EU-Lobbyregister (Transparenz-Register der Europäischen Kommission, 2020) ein großes Spektrum an Dienstleistungen anbietet, „einschließlich Analyse, Beratung, High-Level-Briefings mit einem ausgeprägten taktischen Fokus auf Auslieferung, Kampagnendurchführung, Kommunikation, Medienarbeit und Beeinflussungsstrategien“. Zu den für *Rasmussen Global* wichtigsten anvisierten Strategien im Hinblick auf Gesetzesvorhaben in der EU gehören laut EU-Transparenz-Register unter anderem „Reformen in der Ukraine“, „Situation in der Ostukraine“ und der „Status der Krim“, „Russlandsanktionen“ sowie „ausländische Investitionen in Europa“.

Rasmussen wurde darüber hinaus am 27. Mai 2016 Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroshenko (Zeit Online, 27.5.2016). Nach seiner Berufung als externer Berater für den ukrainischen Präsidenten startete *Rasmussen Global* ein ambitioniertes Ukraine-Projekt, dessen umfassendes Ziel es sei, so Rasmussen in einem Interview, „die Ukraine auf der internationalen Reformagenda zu halten und gleichzeitig Kiews Agenda weiter zu reformieren“ (unian.info 17.10.2016).

Autor des *SZ*-Beitrages ist also jemand, der in dem Bereich, mit dem sich der Beitrag befasst, handfeste geschäftliche Interessen hat. Die vielfältigen geschäftlichen Verbindungen Rasmussens werden dabei durch die kurze Autorenvita unter dem Beitrag nicht im Ansatz deutlich. Darüber hinaus beriet Rasmussen im Ukraine Konflikt eine der beteiligten Konfliktparteien, sodass er als unabhängiger Autor zu diesem Thema ungeeignet scheint – zumindest aber seine Verquickungen für die Leser*innen transparent gemacht werden müssten.

Rasmussen nahm zu den Sachverhalten auf Anfrage keine Stellung. Ein Mitarbeiter der von ihm geleiteten Beratungsfirma verwies unter anderem auf die eigenen Internetseiten. Dort würden alle Fragen beantwortet. Die Kunden der Firma seien zudem im EU-Transparenzregister gelistet, so James Holtum, *European Affairs Director Brussels* bei *Rasmussen Global* und zuständig für Medienbeziehungen und politische Kampagnen.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS): Der Kampf gegen Corona ohne Kontext

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek befasst sich in einem Gastbeitrag unter dem Titel „Gemeinsam gegen die Pandemie“ in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS)* vom 23. März 2020 mit einem Impfstoff gegen das Coronavirus. Es brauche „beim Kampf gegen dieses Virus [...] eine gemein-

¹⁸ Schon in seinem Gastbeitrag vom 10. Juli 2018 äußerte sich Rasmussen in der *SZ* zur Ukraine. Damals schrieb er mit Blick auf die Nato, es sei nur möglich, die guten Beziehungen zu Russland von vor 2014 wiederherzustellen, „wenn Moskau sein aggressives Verhalten ändert, vor allem in der Ukraine“ (*SZ* 10.7.2018).

same internationale Anstrengung“. Karliczek führt aus, eine wichtige Rolle beim Kampf gegen das Virus übernehme „die internationale Impfstoff-Allianz CEPI, die auch Deutschland durch mein Haus von Anfang an finanziell mitträgt“. CEPI unterstütze „gegenwärtig weltweit acht Forschungsprojekte, die alle geeignet erscheinenden methodischen Ansätze für eine Impfstoffentwicklung einschließen“. Man müsse, so Karliczek, „diskutieren, wie wir die Viren- und Pandemieforschung künftig nachhaltiger und großzügiger fördern können. Und wie wir internationale Netzwerke wie das CEPI weiter voranbringen“. Sie werde entsprechende Fragen zum „Gegenstand der deutschen EU-Ratspräsidentschaft machen“, so die Ministerin.

Für die Leser*innen wird nicht dargelegt, wer hinter der Allianz CEPI steht. Aus der Webseite der Allianz CEPI geht hervor, dass diese „durch die Regierungen von Norwegen und Indien, die Bill & Melinda-Gates-Stiftung, den Wellcome Trust und das Weltwirtschaftsforum“ in Davos gegründet wurde (CEPI 2020). Internationale Pharmakonzerne sitzen mit im Boot: Takeda, Sanofi Pasteur, Johnson & Johnson und Pfizer haben jeweils eine Person als „Non-voting member“ in den wissenschaftlichen Beirat von CEPI entsandt, alle vier Pharmakonzerne forschen an Mitteln gegen Covid-19 (Takeda 2020; Sanofi Pasteur 2020a, 2020b; Johnson & Johnson 2020; Financial Times 2020). Welche Historie die für Karliczeks Beitrag zentrale Organisation CEPI also hat, welche verschiedenen Interessenlagen dort mitwirken und wie sich dies auf die Hand-

lungen der Organisation und die Impfstoffentwicklung auswirkt, bleibt den Leser*innen des Gastbeitrages verborgen. Insbesondere angesichts der Bedeutung des Themas – der Kampf gegen Covid-19 – und der Verunsicherung in großen Teilen der Bevölkerung wäre hier mehr Einordnung und Kontextualisierung sehr wünschenswert gewesen.

Auch in diesem Beitrag wird so einer spezifischen Sichtweise – Deutschland müsse eine Führungsrolle bei der Impfstoffentwicklung übernehmen und am besten lasse sich dies im Rahmen einer Allianz, der auch die Pharmaindustrie angehört, regeln – eine Plattform gegeben, ohne dass grundsätzliche journalistische Qualitätsstandards eingehalten werden.

Tagesspiegel: Machteliten im ‚Diskurs‘

Im *Tagesspiegel* konnte im Untersuchungszeitraum die ungewöhnliche Situation beobachtet werden, dass ein Politiker, hier Wolfgang Kubicki (FDP), innerhalb eines Monats zweimal einen Gastbeitrag zum selben Thema – dem staatlichen Umgang mit Corona – veröffentlichte.

In einem Beitrag vom 6. April 2020 monierte Kubicki, dass in Schleswig-Holstein oder Bremen Demonstrationen gestattet gewesen seien, soweit die zuständige Behörde diese nicht wegen der Corona-Gefahr verboten, beschränkt oder mit Auflagen versehen hatte, die Berliner Landesregierung mit Blick auf den 1. Mai jedoch angekündigt habe, „dass Demonstrationen bis dahin ‚mit Sicherheit‘ untersagt“ blieben. Kubicki wirft in seinem Beitrag zudem die Frage auf, warum in

„einigen Bundesländern [...] die Öffnung bestimmter Geschäfte gestattet [ist]“, in anderen dies aber verboten sei. „In Hamburg z. B. dürfen Blumenläden offen sein, in Bremen nicht. In Berlin dürfen Buchläden öffnen, in Bayern nicht“, so Kubicki. Erhebliche Zweifel äußert Kubicki auch an dem Verbot einiger Bundesländer, das eigene Wochenendhaus oder die eigene Zweit-/Ferienwohnung aufzusuchen, wenn man nicht mit erstem Wohnsitz in dem Bundesland gemeldet ist. Die gesetzlichen Grundlagen für solche Vorhaben ermächtigen „die zuständige Behörde, Personen zu verpflichten, an dem Ort ihres Aufenthalts zu verbleiben oder von ihr bestimmte Orte nicht aufzusuchen. Es erlaubt aber keine Differenzierung nach Eigentum oder Melderegister“, so Kubicki. Die Positionierung, der der *Tagesspiegel* hier Raum gab, wird deutlich: Eine kritische Betrachtung der beschlossenen Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte.

Am 26. April 2020 erschien dann ein Interview mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble im *Tagesspiegel*. Darin ging es um das richtige Maß bei der Eindämmung der Corona-Krise und „das, was nach der Pandemie anders sein wird“. Die Interviewer, Robert Birnbaum und Georg Ismar, fragten Schäuble, woher die Kriterien für richtige politische Entscheidungen in der Corona-Krise kämen. Schäuble antwortete: „Man tastet sich da ran. Lieber vorsichtig – denn der Weg zurück würde fürchterlich. Aber wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Abolutheit nicht richtig. Grundrechte beschrän-

ken sich gegenseitig. Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.“ Auf die weitere Frage des *Tagesspiegel*, ob man in Kauf nehmen müsse, dass Menschen an Corona sterben, sagte Schäuble unter anderem: „[...] Menschen werden weiter auch an Corona sterben“.

Im Anschluss durfte der Bundestagsvizepräsident Kubicki am 29. April 2020 einen weiteren Gastbeitrag im *Tagesspiegel* veröffentlichen. Der Vorspann des Textes lautet: „Der Rechtsstaat muss alles tun, um das menschliche Leben zu schützen. Aber er kann den Bürgern nicht das selbstgewählte Lebensrisiko nehmen. Ein Gastbeitrag“. Im Beitrag selbst heißt es dann: „Wolfgang Schäuble hat mit seinem Interview polarisiert. Er sagte sinngemäß, dass in unserem Rechtsstaat nicht alles staatliche Handeln dem Schutz des Lebens unterworfen werden müsse. Wenn es einen absoluten Wert unserer Verfassung überhaupt gebe, dann sei es die Menschenwürde. Der Bundestagspräsident hat damit absolut Recht. Selbstverständlich erwächst aus Art. 2 Abs. 2 GG die staatliche Verpflichtung, Leben zu schützen. [...]“. Kubicki stimmte Schäubles Ausführungen also zu und führte die bereits zuvor geäußerte kritische Haltung gegenüber den verordneten Einschränkungen fort. Diese Zustimmung wurde auch von anderen Medien aufgegriffen, beispielsweise von *faz.net*. Dort erschien ein langer Text mit der Dachzeile „Palmer, Kubicki, Castorf“, der unter anderem auf Agenturmaterial beruht (*faz.net* 28.4.2020). Der Einleitungstext zu der

Veröffentlichung lautet: „Wolfgang Schäuble hinterfragt in der Corona-Krise den Vorrang des Lebensschutzes. Boris Palmer und Theaterregisseur Castorf stimmen mit drastischen Worten zu. Und Wolfgang Kubicki wirft dem Robert-Koch-Institut vor, ‚politisch motivierte Zahlen‘ zu verbreiten.“ Dies zeigt zunächst, wie politische Debatten auch über Gastbeiträge geführt werden, in Medien, die hier dabei sogar aufeinander verweisen.

Zu kritisieren ist allerdings, dass es sich um eine gekünstelte Debatte handelt. Inhaltlicher Diskurs findet – zumindest im Format der untersuchten Gastbeiträge – nicht statt, stattdessen kommt in der wichtigen Frage des staatlichen Umgangs mit Corona zweimal dieselbe inhaltliche Positionierung vom selben Autor zu Wort. Zudem bleibt es ein Diskurs der – in diesem Fall ausschließlich männlichen – Machtelite.

Für jeden der aufgeführten Gastbeiträge gilt: Die Äußerungen der Politiker*innen bleiben im Raum stehen, werden redaktionsseitig nicht mit Hintergrundinformationen angereichert oder eingeordnet – die Leser*innen können den Aussagen entweder Glauben schenken oder nicht. Fundierte Information ist so nur schwer möglich, will man als Medienkonsument*in nicht einfach ungeprüft auf Aussagen von Politiker*innen, die diese im politischen Wettbewerb treffen, vertrauen.

5.3 Stilkritik und Kritik an Argumentationsmustern

Abseits der Auswertung inhaltlicher Themen, Positionen und Argumente soll an dieser Stelle auch kurz auf den Stil einiger Gastbeiträge eingegangen werden.

Wenig überraschend sind diese durch kräftiges Eigenlob gekennzeichnet.¹⁹ Im *FAZ*-Gastbeitrag von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vom 3. Mai 2020 heißt es beispielsweise über die eigene Politik in der Corona-Krise, diese erweise „sich als handlungsfähig und wirksam: Hilfgelder werden ausgezahlt, Krankenhauskapazitäten werden erweitert und alle Versorgungsgüter sind verfügbar“. Auch im Gastbeitrag des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl (CDU) vom 2. Juni 2020 gibt es positive Nachrichten: „Die öffentliche Verwaltung erlebt in der Krise eine Renaissance. Sie hat ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt“. Schließlich liest sich der Gastbeitrag von Sawsan Chebli (SPD) vom 26. März 2020 im *Tagesspiegel* stellenweise wie eine PR-Erklärung zu den Erfolgen des Berliner Senats in Corona-Zeiten: „Als Senat ist uns wichtig, verständlich Informationen zur Verfügung zu stellen. Mit der Seite ‚Berlin hilft‘ auf der Berliner Engagementplattform *bürgeraktiv* steht ein Info-Paket zu allen

¹⁹ Erfreulicherweise wurde die Praxis, die politische Konkurrenz schlecht zu machen, in den untersuchten Gastbeiträgen kaum angewandt – womöglich würden die Redaktionen Autor*innen hier aus Fairness-Erwägungen heraus auch in die Schranken weisen. Lediglich der *FAZ*-Gastbeitrag von Gernot Erler (SPD) vom 3.1.2020 enthält einen – allgemein gehaltenen – Seitenhieb auf den AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland und seine „Vogelschiss“-Äußerung. In einigen Gastbeiträgen wurde die politische Konkurrenz sogar gelobt. So etwa Wolfgang Kubicki (FDP) im *faz.net*-Gastbeitrag von Thomas Oppermann (SPD) vom 30. April 2020, der schon im Titel konstatierte: „Wo Kubicki recht hat“.

Fragen rund um das freiwillige Engagement in der Coronavirus-Krise zur Verfügung.“ Den Gipfel des Eigenlobes im Untersuchungszeitraum stellt sicherlich der Gastbeitrag von Annegret Kramp-Karrenbauer in der *FAZ* dar, in dem sie über die Frage schreibt, „was die CDU so erfolgreich macht“. Sie wird nicht müde, fast gebetsmühlenartig zu wiederholen, was für eine „klare“ Politik die CDU doch fahre: Die CDU biete „seit 75 Jahren immer wieder Unerwartetes, auch das Visionäre, immer wieder einen klaren Blick nach vorne, immer wieder zukunftsweisende Schritte. Und sie bietet seit 75 Jahren pragmatische Problemlösung und gekonntes Krisenmanagement.“ Man stifte eine „klare Vorstellung davon“, wohin man wolle und habe „einen klaren Blick auf die großen Linien und Zeitläufe“. Die Gründungsmütter und -väter der CDU hätten „mit einer Klarheit, die bis heute beeindruckend ist, ihre Verantwortung für eine friedlichere Welt und für die Aussöhnung mit den Nachbarn“ erkannt.

So erwartbar diese Äußerungen sind: Im Format des Gastbeitrages steht ihnen keine kritische Reflektion und keine Einordnung seitens der Redaktion gegenüber. Wenn Politiker*innen in einer Veröffentlichung der journalistischen Stilformen Nachricht oder Bericht zitiert werden oder zu Wort kommen, dann findet in vielen Fällen eine Einordnung statt oder es werden zumindest auch konträre Positionen bzw. Einschätzungen der politischen Gegner*innen zitiert. Bei Gastbeiträgen ist die Perspektive hingegen eindimensional: Die Autor*innen können ihre Botschaften ungefiltert loswerden wie in der Werbung – und gelegentlich klingen

die Gastbeiträge auch so. Etwa wenn Kramp-Karrenbauer schreibt: „Deutschland soll ein Land der Glückskinder sein! Und Glückskinder gibt es nicht allein, überhaupt gibt es kein Glück alleine.“ Verstärkt wird dieser Eindruck auch dadurch, dass es in den untersuchten Fällen keine direkten kritischen Repliken auf Gastbeiträge gab, beispielsweise von einem/r Politiker*in einer anderen Partei mit einer konträren Sichtweise.

Des Weiteren fällt auf, dass viele Gastbeiträge an ein ‚Wir-Gefühl‘ appellieren. Im *FAZ*-Gastbeitrag von Annegret Kramp-Karrenbauer heißt es: „Und wir können es uns dann auch nicht mehr leisten, nur über Innovationen zu reden. Wir müssen sie schaffen; sie müssen stolz den Aufdruck tragen: ‚Made in Germany‘.“ Der *FAZ*-Gastbeitrag von Ursula von der Leyen, Charles Michel und Robert Sassoli vom 30. Januar 2020 zeichnet sich im Besonderen durch eine inflationäre Verwendung des Personalpronomens ‚wir‘ aus: „Wir können es schaffen, weil wir über den größten Binnenmarkt der Welt verfügen. Wir können es schaffen, weil wir für 80 Länder der wichtigste Handelspartner sind. Wir können es schaffen, weil wir eine Union lebendiger Demokratien sind. Wir können es schaffen, weil unsere Menschen entschlossen sind, sich auf der Weltbühne für unsere europäischen Interessen und Werte stark zu machen. Wir können es schaffen, weil [...] [w]ir glauben, dass hierzu nur die Europäische Union in der Lage ist.“ Zuweilen wird der Appell an ein Wir-Gefühl zusätzlich mit Durchhalteparolen verbunden. António Guterres konstatiert in seinem Gast-

beitrag für die *SZ* vom 14. März 2020 nicht nur: „Unsere Volkswirtschaften werden sich erholen. Bis dahin müssen wir gemeinsam handeln“, sondern auch: „Wir sind gemeinsam in dieser Situation – und wir werden das gemeinsam durchstehen.“ Der Gastbeitrag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der *FAZ* vom 29. April 2020 liest sich wie eine Predigt, die der Gemeinde in schwierigen Zeiten Hoffnung machen soll: „Und wir spüren den Wert eines Wir-Gefühls – weil es nicht nur in der Krise am besten gemeinsam geht.“ Und weiter: „[W]enn wir diesen Weg gemeinsam und nach klaren Kriterien gehen, wenn wir einander auch unter Stress weiter vertrauen, dann wird uns der neue Alltag nicht nur durch diese Krise führen. Dann können wir daraus auch Zuversicht schöpfen und Lehren für unsere Zukunft ziehen.“ Schließlich stößt auch der *FAZ*-Gastbeitrag von Angela Merkel, Emmanuel Macron, Giuseppe Conte, Erna Solberg, Charles Michel und Ursula von der

Leyen vom 1. Mai 2020 unter Verwendung der Wir-Form ins gleiche Horn: „Die Opfer, die wir alle gebracht haben, und der Heldenmut des medizinischen Personals auf der ganzen Welt haben uns geholfen, die Ansteckungskurve in vielen Teilen der Welt abzuflachen. [...] Wir wissen, dass dies ein Langstreckenlauf wird. Ab heute sprinten wir in Richtung unseres ersten Ziels, aber wir sind bereit für einen Marathon“, denn „[h]eute heißt es: die Welt gegen Covid-19. Gemeinsam werden wir gewinnen.“

Eine kritische Durchleuchtung, wer mit diesem ‚wir‘ gemeint ist oder sein soll – oder gar eine Zurückweisung des Begriffes durch die Feststellung, dass nicht alle gleichermaßen von Corona getroffen sind – wird durch das Format ‚Gastbeitrag‘ strukturell erschwert. Die Zeitungen transportieren dieses imaginierte Kollektiv ohne Differenzierung im Sinne ihrer Gastbeitrags-Autor*innen und ohne Einordnung weiter, statt es im Sinne ihrer Leser*innen kritisch zu hinterfragen.

6 Der Umgang der untersuchten Zeitungen mit Gastbeiträgen

Die Redaktionen von *SZ* und *FAZ* standen nicht für Gespräche über ihren jeweiligen Umgang mit Gastbeiträgen zur Verfügung. Für den *Tagesspiegel* führte Anna Sauerbrey, Mitglied der Chefredaktion, mit dem Autor des Diskussionspapiers telefonisch ein Gespräch zum Thema. Darüber hinaus lassen sich aus den Gastautor*innen-Interviews und weiteren Quellen (wie journalistischen Artikeln über den Umgang mit Gastbeiträgen) auch einige allgemeine Erkenntnisse ableiten. Sie werden hier vorgestellt.

Dabei zeigt sich, dass die Themenvorschläge für Gastbeiträge meist von den Politiker*innen kommen. So berichteten zwei vom Autor interviewte Politiker – die auch Autoren von Gastbeiträgen im *Tagesspiegel* sind, dass in der Regel der/die Politiker*in das Thema vorschlägt, nur in rund zehn Prozent der Fälle ergebe sich ein Gastbeitrag anderweitig, beispielsweise aus einem Gespräch mit einem/r Journalist*in, so einer der Interviewten. Dass eine Redaktion an Politiker*innen herantritt, ist zumindest für diesen Interviewpartner eine seltene Vorgehensweise beim Zustandekommen eines Gastbeitrages. Ein Themenangebot erfolge in der Regel mit einigen wenigen inhaltlichen Kernpunkten, die Redaktion lehne dann ab oder sage zu und teile den Zeichenumfang

mit. Auch Wolfgang Kubicki, Autor zweier Gastbeiträge im *Tagesspiegel* von Anfang und Ende April 2020, beide zu Corona, ließ auf Anfrage mitteilen: „Die Themen wurden von mir vorgeschlagen.“ Der Leiter seines Abgeordnetenbüros habe „sich jeweils mit der Redaktion in Verbindung“ gesetzt, so Kubicki. Ein ähnliches Vorgehen bestätigt Martin Grund aus dem Abgeordnetenbüro von Thomas Oppermann. Er erklärte, die Themen seiner Gastbeiträge habe sich Oppermann selbst ausgesucht, bevor sie dann von ihm persönlich oder seinem Büro der Redaktion vorgeschlagen und die Texte eingereicht wurden.²⁰

Anna Sauerbrey vom *Tagesspiegel* konstatiert hinsichtlich des Vorgehens ihrer Zeitung: „Wir fragen teilweise Beiträge an, wenn wir denken, das wäre eine interessante Stimme in einer Debatte, die Person hat sich aber noch nicht geäußert – oder wir bekommen das angeboten“. In der Regel gehe das aber „nicht über die Politiker selbst, sondern über ihre Büros“. Einen dritten Weg Gastbeiträge zu generieren, hat der *Tagesspiegel* bei den Beiträgen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell eingeschlagen – zwei im Untersuchungszeitraum, einer zum Atomabkommen zwischen den E3/EU+3 und Iran, einer zur Europäischen Außenpolitik. Hier kooperierte der *Tagesspiegel* mit

²⁰ In dieser Hinsicht weicht der Umgang von *ARD-aktuell* mit Gastbeiträgen etwas ab. Auf Nachfrage zur Gastbeitragspraxis von *tagesschau.de* hieß es bei der Abteilung ‚Presse und Information‘ des für *ARD-aktuell* und damit die *Tagesschau* zuständigen *Norddeutschen Rundfunks*, Gastbeiträge seien „ein sehr wenig genutztes Format auf den Ausspielwegen von *ARD-aktuell* und speziell *tagesschau.de*. Vereinzelt und anlassbezogen gibt es Ausnahmen [...]. Die Auswahl und Anfrage der Autorinnen oder Autoren erfolgt anlassbezogen seitens der Redaktion, dort liegt auch die Verantwortung für die veröffentlichten Inhalte“. Hier scheint die Initiative also öfter von der Redaktion auszugehen als im Falle der untersuchten Zeitungen.

*Project Syndicate*²¹. Beiträge werden der Plattform *Project Syndicate* von Borrell angeboten, vom *Tagesspiegel* übernommen und exklusiv für Deutschland veröffentlicht. Sie sind dann meist auch auf *Project Syndicate* abrufbar, aber nicht auf Deutsch.

Für den Inhalt von Gastbeiträgen scheint es nach Eindruck des Autors keine besonderen Richtlinien zu geben. Allerdings haben offenbar insbesondere kontroverse Themen bzw. solche mit Besonderheitscharakter höhere Chancen veröffentlicht zu werden. Ungewöhnliche Themen kämen gut an, berichtet ein interviewter Politiker und nennt als fiktives Beispiel eine Grünen-Politikerin, die in einem Gastbeitrag fordert, dass Besitzer*innen von SUVs weniger Kfz-Steuer zahlen sollten. Manchmal, so Anna Sauerbrey, steckten in Gastbeiträgen Nachrichten, manchmal stellten sie einen „Debattenbeitrag, der einen neuen Gedanken in eine politische Debatte einbringt oder eine Partei positioniert“ dar. Ein Gastbeitrag müsse „Neuigkeitswert“ haben. Sie erwähnt auch einen „Überraschungsfaktor – eine Politikerin, ein Politiker setzt sich in einem Beitrag von einer früheren Position, der Position des Koalitionspartners, wie auch immer ab, dann wissen wir, dass sich das lohnen kann, das auch in der Ausführlichkeit dann darzustellen“. Wenn man den Beitrag „nachrichtlich interessant“ finde, folge „in der Regel auch eine Agentur“, etwa dann, wenn ein Gastbeitrag „Neuigkeit,

Brisanz“ verspreche oder „abweichend von früheren Positionen ein Debattenbeitrag zu einem früheren Konflikt“ sei. Gegebenenfalls werde das Thema auch nochmal selbst weiterverfolgt, „in dem wir dann Stimmen dazu einsammeln“.

Kontroversen oder ‚Überraschungsmomente‘ scheinen somit wichtige Elemente der Redaktionsentscheidungen für oder gegen einzelne Gastbeiträge zu sein. In diesem Sinne kann wohl auch der *Tagesspiegel*-Gastbeitrag von Julia Klöckner (CDU) mit der unpopulären und daher überraschenden Forderung nach mehr Gentechnik verstanden werden. Ein Interviewpartner des Autors verweist in diesem Zusammenhang auf die große Konkurrenz zwischen angebotenen Gastbeiträgen, die eine Auswahl nach Aktualität und Relevanz begünstige. Auch das Büro von Thomas Oppermann verwies auf fehlende Aktualität als häufigen Grund für die Ablehnung eines Gastbeitrages. Aus Sicht der Redaktionen bestätigt in einem *Deutschlandfunk*-Beitrag Reinhard Müller, zu der Zeit als *FAZ*-Redakteur verantwortlich für die *Fremden Federn*, ein festes Format für Gastbeiträge, Aktualität als eine der „Hürden für Politiker, einen Gastbeitrag in die *FAZ* zu bringen“ (DLF 12.2.2020). Gelegentlich käme es vor, dass man „den Politikern sagen muss, das ist doch alles nicht neu. Und wenn das nicht neu ist, wenn das nicht aktuell ist, wenn das so schon einmal irgendwo stand, dann wird das bei uns nicht erscheinen als Gastbeitrag.“

²¹ *Project Syndicate* ist eine Veröffentlichungsplattform, der nach eigenen Angaben 500 verschiedene Medien weltweit angeschlossen sind und die finanzielle Förderung durch eine Vielzahl von Organisationen erhalten hat (Project Syndicate 2020).

Was die Fertigstellung der Gastbeiträge vor ihrer Veröffentlichung betrifft, scheinen die Redaktionen hier keine bis sehr geringe Änderungen vorzunehmen. Das Büro von Thomas Oppermann erklärt in diesem Zusammenhang, dass Quellen im Text von der Redaktion noch einmal gecheckt und dieser selbst auch noch einmal redigiert, im Prinzip aber „sozusagen eins zu eins abgedruckt“ werde. Die beiden vertraulich interviewten Politiker, die Autoren von Gastbeiträgen im *Tagesspiegel* sind, berichten ebenfalls von geringfügigen Eingriffen: Es werde nur marginal redigiert, wenn, dann gehe es dabei nur um geringfügige sprachliche Aspekte. Es gebe dann maximal noch eine Kürzung oder eine Umstellung und eine Verhandlung über die Überschrift. Insbesondere der letzte Punkt ist für einen der Interviewpartner jedoch ein häufiges Ärgernis. Redaktionen entschieden oft autonom darüber, eine andere Überschrift als die gelieferte einzusetzen. Obwohl die Überschrift einen zentralen Bestandteil der inhaltlichen Arbeit darstelle, habe man kein Mitspracherecht als Autor.

Anna Sauerbrey vom *Tagesspiegel*, erklärt dazu, es komme auf die „journalistische Qualität des Beitrags an, wieviel wir daran machen, ob wir das Gefühl haben, das ist noch nicht leserlich genug und nochmal ein paar sprachliche Vorschläge machen oder auch einen Vorschlag, wie man den Beitrag in der Struktur umstellen könnte“. Sie konstatiert aber ebenfalls: „[H]äufig übernehmen wir das aber auch so, wie es kommt.“

Diese Praxis wird auch durch eine Einschätzung des Kommunikationswissenschaftlers Thomas Birkner bestätigt, der im *Deutschlandfunk* erklärte, dass es bei Gastbeiträgen im Normalfall keine redaktionellen Eingriffe gebe, auch wenn journalistische Standards gelten würden (DLF 12.2.2020). Darüber hinaus würden solche Eingriffe von einigen Interviewpartner*innen auch als Eingriff in ihre Freiheit als Autor*in abgelehnt. „Die Hoheit über die Beiträge lag in meiner Hand“, teilte Wolfgang Kubicki auf Anfrage mit und ein weiterer Interviewpartner unterstreicht, dass er weitergehende inhaltliche redaktionelle Eingriffe noch nie erlebt habe und diese auch zurückweisen würde.

Eindeutig waren die Ergebnisse auch hinsichtlich des wichtigen Aspekts der Honorierung: Gastbeiträge von Politiker*innen werden in der Regel nicht vergütet.²² „Keiner meiner Gastbeiträge wurde jemals vergütet“, konstatiert beispielsweise Wolfgang Kubicki, was auch für alle anderen befragten Gastautor*innen bestätigt wird.

Eine weitere Gemeinsamkeit betrifft die Pressearbeit der Medien zur Veröffentlichung von Gastbeiträgen. Während Kapitel 4.4 zeigen konnte, dass Medien nur selten die Gastbeiträge von Politiker*innen in anderen Zeitungen als eigenständige Nachricht aufgreifen, scheint auch die initiale Pressearbeit für eigene Beiträge zurückhaltend. Ein Gastbeitrags-Autor für den *Tagesspiegel* bestätigt im Interview aus eigener Erfahrung, dass Redaktionen Forderungen, die in einem Gastbeitrag erhoben wer-

²² Mit dieser Praxis ähneln sich die untersuchten Zeitungen und *ARD-aktuell*: „Honorare sind für Gastbeiträge nicht vorgesehen“, bestätigt *NDR*-Sprecherin Iris Bents.

den, nur selten in Form einer Pressemitteilung über die Ticker schicken. Eine Überprüfung der im Diskussionspapier untersuchten Beiträge bekräftigt diese These. Nur in einer Minderheit der Fälle wurden die untersuchten Gastbeiträge von der Redaktion mit einer Pressemitteilung flankiert. Im Untersuchungszeitraum war dies beim *Tagesspiegel* der Fall bei Beiträgen von Katja Kipping, Joschka Fischer und Sigmar Gabriel. Die Vermutung liegt nahe, dass dieses Vorgehen nur bei sehr bekannten Politiker*innen gewählt wird.

Neben diesen generellen Ergebnissen traten auch einige Besonderheiten der einzelnen Zeitungen zutage. Einigen der untersuchten Gastbeiträge merkt man an, dass sie offenbar ohne größere Sorgfalt ins Blatt bzw. auf die Webseite gesetzt wurden. Es fällt auf, dass z. B. Zeilenumbrüche nicht stimmen oder Hyperlinks nicht richtig gesetzt wurden. Jedoch unterscheidet sich diese Fehlerhäufigkeit nach Zeitung. Beim *Tagesspiegel* enthalten – viel häufiger als bei *SZ* und *FAZ* – zahlreiche Gastbeiträge Tipp-, Rechtschreib- oder Syntaxfehler. Als Beispiel kann der *Tagesspiegel*-Gastbeitrag von Nils Schmid zum Thema Atomwaffen genannt werden, der nicht nur einen Fehler im Zeilenumbruch und einen falsch gesetzten Hyperlink enthält, sondern in dem auch die Rede von ‚USAAtomwaffen‘ ist. Im Text von Joschka Fischer ist ebenfalls ein Syntaxfehler enthalten und ein Hyperlink falsch gesetzt. Bei sorgfältiger Textproduktion mit Vier-Augen-Prinzip sind derart ins Auge fallende Fehler eigentlich ausgeschlossen. Darauf angesprochen, erwidert die *Tagesspiegel*-Chefredakteurin Anna Sauerbrey, die Beiträge würden „ganz normal redigiert. Dass dabei

Fehler passieren, ist durchaus möglich, dass wir, wie alle Tageszeitungen, ein relativ hohes Arbeitspensum haben, ist auch korrekt, aber natürlich gehen die durch die ganz normale Redigatur so wie jeder Beitrag eines Kollegen auch, in der Regel eben eigentlich kritischer, weil wir es häufig bei den Autoren eben nicht mit Journalisten zu tun haben, sondern mit Büros und da dann die Sprachqualität einfach unterschiedlich ist manchmal“.

Auch der *FAZ* unterlaufen kleinere Fehler. So ist unter einem Gastbeitrag des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in der Autorenzeile der Nachname des Autors mit „Borell“ falsch angegeben. Weiterhin hat die *FAZ*, die bereits zuvor am 30. Januar 2020 einen Co-Autoren-Gastbeitrag des Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, veröffentlichte, am 1. Mai 2020 einen weiteren Gastbeitrag von Michel zur EU-Initiative für einen Corona-Impfstoff publiziert. Unter dem Gastbeitrag wird bei der Autor*innenangabe jedoch der falsche Name „Claude Michel“ verwendet.

Die handwerkliche Qualität stimmt hingegen bei der *Süddeutschen Zeitung*, wo in sieben Gastbeiträgen kein einziger solcher kleinen Fehler gefunden werden konnte.

Die unterschiedlichen Fehlerquoten eindeutig auf redaktionelle Abläufe zurückzuführen, ist leider nicht möglich. Sofern die festgestellten Unterschiede in den Fehlerhäufigkeiten jedoch spezifisch für die Gastbeiträge in den Zeitungen sind – und nicht auf die gesamte redaktionelle Arbeit übertragen werden können – legen sie nahe, dass die *SZ* ihre Gastbeiträge stärker als *FAZ* und *Tagesspiegel* kontrollieren lässt.

7 Fazit: Den Einsatz von Gastbeiträgen stärker reflektieren

Das vorliegende Diskussionspapier beschäftigte sich mit der Frage, wie (Print-)Medien zurzeit mit Gastbeiträgen von Politiker*innen, also zentralen Akteur*innen, die journalistisch beobachtet und kontrolliert werden sollen, umgehen und was in dem Zusammenhang zu kritisieren ist. Dabei wurden anhand einer kursorischen Betrachtung der Gastbeitragspraxis von *FAZ*, *Tagesspiegel* und *SZ* im ersten Halbjahr 2020 Kritikpunkte verdeutlicht, um zur Debatte über und Reflektion von Gastbeiträgen von Politiker*innen einzuladen.

Es zeigt sich, dass die untersuchten Medien Politiker*innen in ihren journalistischen Produkten häufig die Gelegenheit einräumen, nativ und relativ ungefiltert politische Kommunikation zu versenden. Die Autorenschaft ist dabei nicht pluralistisch, sowohl was die vertretenen Parteien betrifft als auch hinsichtlich anderer Faktoren wie dem Geschlecht. Gesellschaftlich wichtige Themen wie nukleare Abrüstung werden bezüglich der Positionen und der Bandbreite der Autor*innen eindimensional abgehandelt. Damit lösen die Gastbeiträge das, was sie eigentlich ausmachen soll, nämlich ein journalistisches Produkt durch verschiedene Sichtweisen zu bereichern, nur bedingt ein. Es kommt so gut wie nie vor, dass eine Gegenposition, etwa in Form eines Gegen-Gastbeitrages oder eines beigeestellten redaktionellen Sachstücks, dargestellt wird. Wenn es um kontroverse Themen wie Atomwaffen oder Gentechnik geht, dann bieten Gastbeiträge Politiker*innen offensichtlich die Möglichkeit, auch unpopuläre Meinungen und Positionen in die Debatte einzubringen. Was die Auswahl von

Gastbeiträgen betrifft, haben Politiker*innen dann scheinbar höhere Chancen ins Blatt zu kommen, wenn ein Beitrag inhaltlich besonders spektakulär oder brisant ist. Dies folgt im Prinzip der Logik des Boulevards. Eine sachliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen fördert es weniger. Stattdessen kann, überspitzt ausgedrückt, der- bzw. diejenige über einen Gastbeitrag einen politischen Vorteil erlangen, der/die am lautesten schreit.

Wer ohnehin schon in der Politik bekannt ist, dem wird durch die Gastbeiträge noch größerer publizistischer Raum gegeben. Während manche Politiker*innen mehrfach mit Gastbeiträgen vertreten sind, erscheinen andere kein einziges Mal in den untersuchten Blättern. Jedoch wurde hier nicht untersucht, welche Gastbeiträge nicht angenommen wurden. Es muss also offen bleiben, wie stark das Ergebnis von den Entscheidungen der Redaktionen abhängt oder (auch) dadurch geprägt ist, dass bekanntere Politiker*innen öfter Gastbeiträge anbieten. Das Ergebnis ist aber eindeutig: Bezüglich der Gastbeiträge herrscht eine mangelnde personelle Pluralität, die sich auch auf die inhaltliche Pluralität auswirkt. In den untersuchten Gastbeiträgen dominieren beispielsweise Regierungspositionen, da Mitglieder der Regierung wesentlich häufiger zu Wort kommen als Mitglieder der Opposition. In Bezug auf zwei Kernaufgaben der Presse, Kritik und Kontrolle, wirkt dies kontraproduktiv. Eine kritische Presse sollte – mitunter umstrittene – Positionen von Politiker*innen nur in sehr begrenztem Ausmaß ungefiltert verbreiten. Wenn es um Gastbei-

träge geht, geschieht dies jedoch standardmäßig. Das ist umso problematischer, wenn – etwa im Fall der *FAZ* – Politiker*innen, deren Parteizugehörigkeit sich mit der politischen Grundausrichtung des Blattes deckt, gehäuft zu Wort kommen, Politiker*innen des entgegengesetzten politischen Spektrums jedoch nicht mit Gastbeiträgen vertreten sind. Hier wären mehr Ausgewogenheit und mehr Mut wünschenswert, auch solchen politischen Standpunkten Platz einzuräumen, die den eigenen möglicherweise nicht entsprechen. Aus der Sicht der Leser*innen wäre dies in jedem Falle informativer und bereichernder.

Anderenfalls kommen in Gastbeiträgen immer wieder dieselben Politiker*innen zu Wort, was eine vielfältige und kontroverse Debatte nicht fördert, sondern eher einem Meinungskartell der immer gleichen Köpfe und Positionen gleicht. Es entsteht der Eindruck, dass nicht entscheidend ist, was gesagt wird, sondern nur, wer es sagt. Da die Redaktionen die Gastbeiträge weder einordnen noch hinterfragen, die Autor*innen jedoch weitestgehend ungefiltert ihre Positionen kundtun können, gleicht die Praxis der Veröffentlichung von Gastbeiträgen zurzeit insgesamt eher der Öffentlichkeitsarbeit als informierendem Journalismus.

Quellenverzeichnis

Altmeppen, Klaus-Dieter/Arnold, Klaus (2013): Journalistik: Grundlagen eines organisationalen Handlungsfeldes. München: Oldenbourg Verlag.

BfR – Bundesinstitut für Risikobewertung (2019): Fragen und Antworten zum Genome Editing und zum CRISPR/Cas9, online unter: www.bfr.bund.de (abgerufen 10.12.2020).

Bundespräsidialamt 8.11.2020: Gastbeitrag zur US-Wahl für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, online unter: www.bundespraesident.de (abgerufen 10.12.2020).

Burkhardt, Steffen (2009): Praktischer Journalismus. München: Oldenbourg Verlag.

CEPI (2020): Investors & Partners, online unter: www.cepi.net (abgerufen 10.12.2020).

Deutschlandfunk (DLF) 12.2.2020: Politik-PR oder Debattenkultur?, online unter: www.deutschlandfunk.de (abgerufen 11.12.2020).

Deutschlandfunk (DLF) 16.2.2020: CDU-Spendenaffäre vor 20 Jahren. Wolfgang Schäubles Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz, online unter: www.deutschlandfunk.de (abgerufen 02.02.2021).

Duden 2020a: Stichworte ‚Gastbeitrag‘ und ‚Resilienz‘, online unter: www.duden.de (abgerufen 10.12.2020).

Duden 2020b: Stichwort ‚Resilienz‘, online unter: www.duden.de (abgerufen am 02.02.2021).

faz.net 6.10.2018: Fremde Federn. Warum muss es Populismus sein?, online unter: www.faz.net (abgerufen am 02.02.2021).

faz.net 2.3.2020: Zeit für ein geopolitisches Europa (Gastbeitrag von Norbert Röttgen/CDU), online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

faz.net 23.3.2020: Gemeinsam gegen die Pandemie (Gastbeitrag von Anja Karliczek/CDU), online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

faz.net 5.4.2020: Wir brauchen eine vierte europäische Säule (Gastbeitrag von Thierry Breton und Paolo Gentiloni), online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

faz.net 18.4.2020: Niemand verlangt, dass Deutschland Spaniens Schulden übernimmt, online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

faz.net 28.4.2020: Kritik an Corona-Maßnahmen, online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

faz.net 7.5.2020: Wie China die EU zensiert, online unter: www.faz.net (abgerufen 10.12.2020).

Financial Times 2020: EU fast-tracks process for Pfizer and BioNTech’s Covid-19 vaccine, online unter: www.ft.com (abgerufen 15.10.2020).

Frankfurter Rundschau 20.9.2019: Klimastreik: Fridays for Future gestalten die Frankfurter Rundschau, online unter: www.fr.de (abgerufen 10.12.2020).

Fraunhofer INT – Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen INT: Genome Editing, online unter: www.int.fraunhofer.de (abgerufen 10.12.2020).

Johnson & Johnson (2020): Our COVID-19 Response Efforts, online unter: www.jnj.com (abgerufen 10.12.2020).

Liberal (2020): Der Sündenfall. In: Liberal – Das Magazin für die Freiheit, Ausgabe 04.2020, S. 60.

manager magazin 6.4.2020: Wie die Bundesregierung den Euro-Ländern helfen will, online unter: www.manager-magazin.de (abgerufen 10.12.2020).

meedia.de 22.9.2020: Klimaaktivisten übernehmen einen Tag die Chefredaktion der „taz“, online unter: www.meedia.de (abgerufen 10.12.2020).

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) 9.6.2020: Aufruhr bei der Times, online unter: www.mdr.de (abgerufen 10.12.2020).

Pürer, Heinz/Rahofer, Meinrad/Reitan, Claus (Hrsg.) (2004): Praktischer Journalismus. Presse – Radio – Fernsehen – Online. München/Tübingen: UVK Verlag.

Project Syndicate 2020, online unter: www.project-syndicate.org (abgerufen 24.01.2021).

Sanofi Pasteur (2020a): Sanofi and GSK initiate Phase 1/2 clinical trial of COVID-19 adjuvanted recombinant protein-based vaccine candidate, online unter: www.sanofi.com (abgerufen 10.12.2020).

Sanofi Pasteur (2020b): Sanofi's Response in the Fight against COVID-19, online unter: www.sanofi.com (abgerufen 10.12.2020).

stern.de 23.9.2020: Wie die Zusammenarbeit zwischen dem stern und Fridays for Future abläuft, online unter: www.stern.de (abgerufen 10.12.2020).

Süddeutsche Zeitung (SZ) 10.7.2018: Verteidigungspolitik: Europa braucht Verbündete in der Nato, online unter: www.sueddeutsche.de (abgerufen am 02.02.2021).

Tagesschau 8.11.2020, 20 Uhr, online unter: www.tagesschau.de (abgerufen 10.12.2020).

Tagesspiegel (TSP) 26.4.2020: Schäuble will dem Schutz des Lebens nicht alles unterordnen, online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 10.12.2020).

Tagesspiegel (TSP) 29.4.2020: Lebensschutz ist nicht absolute Staatsaufgabe (Gastbeitrag von Wolfgang Kubicki/FDP), online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 10.12.2020).

Tagesspiegel (TSP) 8.5.2020: Sigmar Gabriel zur Debatte über die Nukleare Teilhabe. „Die SPD verspielt das Vertrauen in ihre Regierungsfähigkeit“, online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 03.02.2021).

Tagesspiegel (TSP) 28.5.2020: Antwort auf Tagesspiegel-Gastbeitrag. Christian Drosten reagiert auf die Kekulé-Kritik, online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 11.12.2020).

Tagesspiegel (TSP) 28.6.2020: Europas Selbstbehauptung gegenüber den USA. „Dringenden Handlungsbedarf“ gibt es vor allem bei uns selbst, online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 03.02.2021).

Tagesspiegel (TSP) 1.7.2020: Global Challenges: Im Kalten Krieg mit China, online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 03.02.2021).

Tagesspiegel (TSP) 14.7.2020: Wir müssen auf Experten hören – und mehr Gentechnik wagen! (Gastbeitrag von Julia Klöckner/CDU), online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 10.12.2020).

Tagesspiegel (TSP) 30.8.2020: Zukunft gibt's nur ohne olle Kamelle (Gastbeitrag von Nils Schmid/SPD), online unter: www.tagesspiegel.de (abgerufen 10.12.2020).

Takeda (2020): COVID-19 Updates, online unter: www.takeda.com (abgerufen 10.12.2020).

taz 8.10.2018: Gaulands Gastbeitrag. Der Wolf im „FAZ“-Pelz, online unter: www.taz.de (abgerufen am 02.02.2021).

Transparenz-Register der Europäischen Kommission (2020), online unter: <https://ec.europa.eu> (abgerufen 10.12.2020).

Turiz.de 12.9.2020: Correctiv hat mit verdeckten Aktivist*innen von Fridays for Future recherchiert, online unter: www.turiz.de (abgerufen 5.1.2021).

unian.info 27.10.2016: Ex-NATO Secretary General Rasmussen: States most vocal in favour of lifting Russia sanctions also among those that suffered least due to these sanctions, online unter: www.unian.info (abgerufen 10.12.2020).

WJC (2020): About WJC, online unter: www.worldjewishcongress.org (abgerufen 02.02.2021).

Zeit Online 2.5.2020: SPD-Fraktionschef fordert Abzug von Atombomben in Deutschland, online unter: www.zeit.de (abgerufen 10.12.2020).

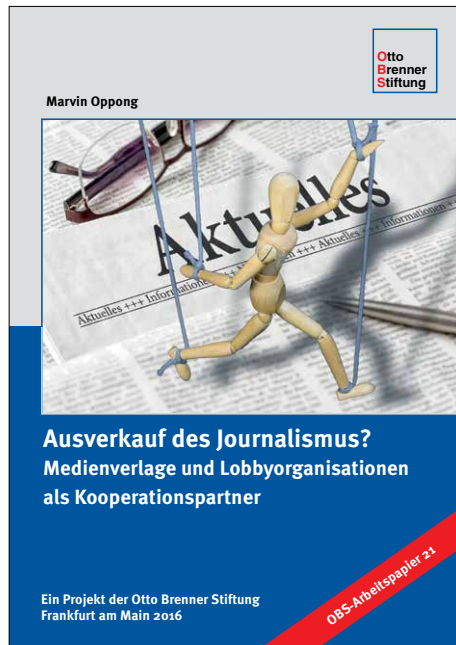
Zeit Online 27.5.2016: Ex-Nato-Chef wird Berater des ukrainischen Präsidenten, online unter: www.zeit.de (abgerufen 10.12.2020).

Zeit Online 8.6.2020: New York Times. Meinungschef tritt nach Kontroverse um einen Gastbeitrag ab, online unter: www.zeit.de (abgerufen 11.12.2020).

Über den Autor

Marvin Oppong (*1982) ist freier Journalist und Dozent aus Bonn. Im Fokus seiner Berichterstattung stehen Korruption, Lobbyismus, Datenschutz und Medienthemen. Zu seinen Spezialfeldern gehören das Informationsfreiheitsgesetz, Datenjournalismus und Werkzeuge für Internet-Recherchen. Oppongs Beiträge erschienen bisher unter anderem in den Nachrichtensmagazinen SPIEGEL und stern, in der Wochenzeitung DIE ZEIT, ebenso wie in den Tageszeitungen Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau oder dem Nachrichtenportal SPIEGEL ONLINE. Weitere Veröffentlichungen der Recherchen strahlten NDR und WDR in TV-Sendungen aus. Seit 2011 lehrt Marvin Oppong auch als Dozent Rechertechniken in der journalistischen Aus- und Weiterbildung.

Weitere OBS-Publikationen von Marvin Oppong



Ausverkauf des Journalismus?

Medienverlage und Lobbyorganisationen
als Kooperationspartner

Im OBS-Arbeitspapier 21 betrachtet Marvin Oppong die zunehmenden Kooperationen von Zeitungsverlagen mit Lobbyorganisationen und analysiert sie unter den wichtigen Fragestellungen der Unabhängigkeit und Objektivität der Redaktionen und ihrer Berichterstattung.

Download unter:
www.otto-brenner-stiftung.de



Verdeckte PR in Wikipedia

Das Weltwissen im Visier von Unternehmen

Marvin Oppong untersucht verdeckte PR in Wikipedia, in einer der weltweit wichtigsten privaten und beruflichen Informationsquellen. Die enorme Bedeutung von Wikipedia weckt Begehrlichkeiten bei Unternehmen, Prominenten, und anderen öffentlichen Akteuren, auf das elektronische „Weltwissen“ Einfluss auszuüben.

Download unter:
www.otto-brenner-stiftung.de

Weitere Diskussionspapiere der Otto Brenner Stiftung



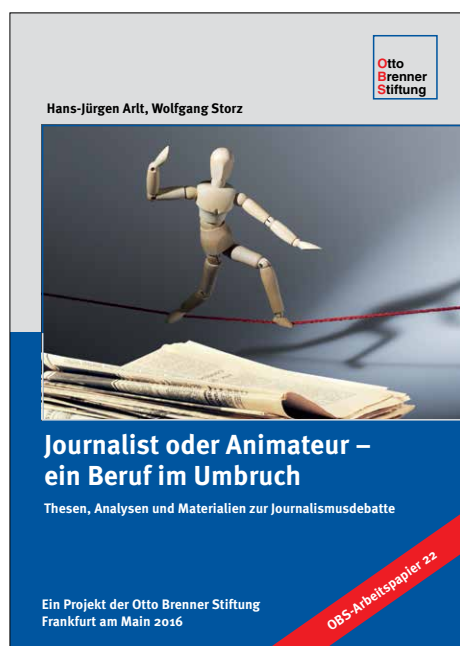
Armutzeugnis

Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt

Welches Bild zeichnen die Medien in Deutschland von Armut? Medienwissenschaftler Bernd Gäbler hat Sendungen wie „Hartz und herzlich“ und „Armes Deutschland – Stempeln oder abrackern?“ unter die Lupe genommen und analysiert. Das Diskussionspapier will dabei einen Anstoß geben, über adäquateren Formen der medialen Repräsentation der von Armut Betroffenen nachzudenken.

Download unter:

www.otto-brenner-stiftung.de



Journalist oder Animator

Ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte

Das Diskussionspapier sichtet die laufende Journalismusdebatte und versucht, Kernmerkmale des Journalismus zu identifizieren, die ihn von anderen aktuellen Gattungen öffentlicher Kommunikation unterscheiden. Trotz zunehmender Überschneidungen, so die Kernthese, sind die Unterschiede zu Werbung, PR und Unterhaltung immer noch deutlich identifizierbar.

Download unter:

www.otto-brenner-stiftung.de

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
- Nr. 39 Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
- Nr. 38 Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik. Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern. Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III. Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportalk/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96***
Rainer Faus, Simon Storks
Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95***
Bernd Gäbler
AFD und Medien
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94***
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter www.otto-brenner-stiftung.de

Otto Brenner Stiftung | Wilhelm-Leuschner-Straße 79 | D-60329 Frankfurt/Main

OBS-Arbeitspapier 46

Wenn Politik Presse macht
Gastbeiträge von Politiker*innen
in ausgewählten Tageszeitungen